

Werkstattmaterialien

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung



Nr. 14

Partizipatives Lernen

Partizipation in der Lokalen Agenda 21

Planspiel Kommunalpolitik

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“

von

Anke Aubreville



Niedersachsen



Freie Universität Berlin



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



BUND-LÄNDER-KOMMISSION

FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG

IMPRESSUM

Diese Handreichung ist die 14. Veröffentlichung aus der Reihe *Werkstattmaterialien* des BLK-Programms „21“ - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Das vorliegende Material wurde in Niedersachsen entwickelt und ist dem Themenschwerpunkt (Set) „Partizipation in der lokalen Agenda“ im Modul „Partizipatives Lernen“ zugeordnet.

Kopieren und Weiterreichen der Materialien sind bis zum Ende des Programms am 1. August 2004 ausdrücklich gestattet. Eine Rückmeldung (siehe beiliegende Fragebögen) wird dringend erbeten. Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung des BMBF, der BLK oder der Koordinierungsstelle wieder; generell liegt die Verantwortung für die Inhalte bei den Autoren.

Projektleitung

Prof. Dr. Gerhard de Haan
Freie Universität Berlin

Herausgeber

BLK-Programm „21“
Koordinierungsstelle
Freie Universität Berlin
Arnimallee 9, 14195 Berlin
Tel.: 030 - 83 85 64 49
E-Mail: info@blk21.de
www.blk21.de
Berlin 2003

Redaktion

Miriam Kretschmar, Ulrike Rossa

Übersicht der Module und Sets

Modul 1 Interdisziplinäres Wissen	Syndrome globalen Wandels
	Nachhaltiges Deutschland
	Umwelt und Entwicklung
	Mobilität und Nachhaltigkeit
	Gesundheit und Nachhaltigkeit
Modul 2 Partizipatives Lernen	Gemeinsam für die nachhaltige Stadt
	Gemeinsam für die nachhaltige Region
	Partizipation in der Lokalen Agenda 21
	Nachhaltigkeitsindikatoren entwickeln
Modul 3 Innovative Strukturen	Schulprofil „nachhaltige Entwicklung“
	Nachhaltigkeitsaudit an Schulen
	SchülerInnenfirmen und nachhaltige Ökonomie
	Neue Formen externer Kooperation

1 STATT EINES VORWORTES

Doch was heute geplant, vorbereitet und festgelegt wird,
wird euer Leben bestimmen.

Wenn ihr nicht unerhört wachsam bleibt, euch nicht Wissen
aneignet, lernt, wenn ihr nicht eure Fantasie trainiert,
eure Vorstellungskraft erweitert,
seid ihr am Ende Opfer der Planer
von heute, deren Mittelmaß sich in
ihrer ökonomischen Abhängigkeit,
ihrer hübschen Kraftprotzerei
und ihrer mangelnden Fähigkeit
zu Entwürfen, zu Visionen
offenbart.

Ihr müsst lernen einzugreifen,
die Chancen dazu werden
euch geboten.

(Peter Härtling)

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM.....	2
1 STATT EINES VORWORTES.....	3
2 EINLEITUNG.....	6



3 PLANUNGSUNTERLAGEN	8
3.1 ZIELGRUPPE	8
3.2 ZIELSTELLUNG IN VERBINDUNG MIT DEM BLK-PROGRAMM „21“	8
3.3 CURRICULUMBEZUG	9
3.4 RAHMENBEDINGUNGEN	9
<i>Außerschulische Kooperationen.....</i>	<i>9</i>
<i>Rahmenbedingungen für die Durchführung des Planspiels.....</i>	<i>10</i>
<i>Rahmenbedingungen durch die politischen Verhältnisse in Westerstede</i>	<i>10</i>
<i>Änderungen der Organisation der Stadtverwaltung</i>	<i>10</i>
3.5 ZIELFINDUNG/ UNTERRICHTSORGANISATION	11
a) <i>Zeitplanung.....</i>	<i>13</i>
b) <i>Planung der Räumlichkeiten</i>	<i>14</i>
c) <i>Der Verlauf im Überblick.....</i>	<i>15</i>
d) <i>Aufbau der einzelnen Phasen</i>	<i>16</i>
e) <i>Checkliste der Organisation</i>	<i>22</i>



4 UNTERRICHTSMATERIALIEN	23
4.1 ÜBERSICHT DER MATERIALIEN IN DEN PLANSPIELPHASEN	23
MATERIAL 1: MIND-MAP DER FORSCHUNGSTHEMEN	25
MATERIAL 2: RECHERCHEPROTOKOLLE.....	26
<i>Zusammensetzung des Westersteder Stadtrates</i>	<i>26</i>
<i>Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze? (Interviews)</i>	<i>27</i>
a) SPD	27
b) CDU.....	28
c) UWG.....	29
d) F.D.P.	30
e) Bündnis'90/ Die Grünen	31
f) Gesamtauswertung aller Interviews:.....	34
MATERIAL 3: KONTAKTBRIEF AN DIE POLITIKER.....	35
MATERIAL 4: INFORMATIONSBLATT „WAS IST EIN ANTRAG?“	36
MATERIAL 5: ANTRAG DER FRAKTION DER CDU	37

MATERIAL 6: EINLADUNG ZUR STADTRATSITZUNG	38
MATERIAL 7: PROTOKOLL DER STADTRATSITZUNG.....	39
MATERIAL 8: FRAGEBOGEN ZUM PLANSPIEL KOMMUNALPOLITIK	42
MATERIAL 9: LESERBRIEF NORDWEST-ZEITUNG	44
5 KOOPERATIONSPARTNER.....	45
6 REFLEXION	45



7 LITERATUR- UND MEDIENLISTE.....	50
8 DIE AUTORIN.....	53

2 EINLEITUNG

Nach der geringen Wahlbeteiligung bei der niedersächsischen Kommunalwahl vom 09.09.2001 (siehe Material 2) stellt sich die Frage, wie Kommunalpolitik interessanter werden könnte. Gerade die Jugendlichen haben ihre Stimmenabgabe verweigert, da sie sich von keinem Kandidaten vertreten sahen. Ihnen wurde nicht das Gefühl der unmittelbaren Betroffenheit vermittelt, sondern sie fühlten sich von den Politikern übergangen.

In Niedersachsen ist jedoch die junge Generation durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 eine große Wählergruppe, die die jetzigen Geschehnisse und die zukünftige Politik mitbestimmen. Deshalb muss es zum Erhalt einer lebendigen Demokratie gelingen, auch die Interessen der Jugend von heute, ihre Wünsche und Bedürfnisse, politisch zu berücksichtigen. Die Jugend muss erfahren, dass sie für den demokratischen Staat von Bedeutung ist und unmittelbar von politischen Entscheidungen betroffen sein kann.

Diese Betroffenheit lässt sich am ehesten in der unmittelbaren Umgebung erfahren, wo die Jugendlichen erkennen können, dass sie von den Politikern ernst genommen werden. Dieses „Ernst nehmen“ ist die Voraussetzung dafür, dass sie erkennen, welche Bedeutung die Kommunalwahlen für ihre persönlichen Interessen haben können.

An diese Voraussetzungen knüpft das Gymnasium Westerstede mit dem Projekt „Planspiel Kommunalpolitik“ an. Es wurde als ein in sich geschlossenes Planspiel im Unterrichtsfach Politik in der Jahrgangsstufe 11 durchgeführt. Durch Verknüpfungen des „Spiels“ mit Kontakten mit Entscheidungsträgern der „realen“ Kommunalpolitik fand eine Ausweitung in die „realen“ politischen Entscheidungsstrukturen der Gemeinde statt.

Das Motto für das Planspiel „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen!“ ist als pädagogisches Leitziel zu verstehen. Den Jugendlichen sollte vermittelt werden, dass sie persönlich für den demokratischen Staat wichtig und einflussreich sind. Dies ist wiederum nur möglich, wenn die Jugendlichen den Entscheidungsprozess durchleben, um sich daran anschließend ein Urteil über die Entscheidungsfindung zu erlauben.

Das Erlernen von Regeln, die Wahrnehmung unterschiedlicher Interessen und die Findung des abschließenden Kompromisses bieten die Basis politischen Handelns. Den Schüler/innen sollte vermittelt werden, welche Dimensionen das Politische bestimmen, um sich von diesem Standort aus *„auf die verantwortungsbewusste Wahrnehmung und Weiterentwicklung ihrer Rechte und Pflichten als mündige Bürgerinnen und Bürger vorbereiten [zu] können.“*¹

Als Thema der Sequenz wurde von den Schülerinnen und Schülern die Frage „schafft Umweltschutz Arbeitsplätze“ herausgearbeitet. Unter dem Aspekt einer Nachhaltigkeitspolitik eine relevante Frage für die Kommunalpolitik, denn dadurch, dass Verursacher und Betroffene in einer kleinen Kommune oft auf engem Raum miteinander leben, ergibt sich ein Konflikt: Einerseits haben die Kommunen ein reges Interesse daran, ihren Bürgern ein ökologisch gesundes Umfeld zu ermöglichen. Auf der anderen Seite haben sie ein fiskalisches Interesse an einer

¹ [RR], Seite 14.

gesunden Ökonomie, damit die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Struktur für die Kommune zufriedenstellend sind. In diesem Spannungsfeld bewegt sich Kommunalpolitik, die eine nachhaltige Entwicklung anstrebt.

Folgt man dem Bildungsauftrag der Schule, so sollen die Schüler/innen befähigt werden, „für die Erhaltung der Umwelt Verantwortung zu tragen [...]“². Durch die Vermittlung von Verantwortungsgefühl für die Umwelt können die Schülerinnen und Schüler lernen, dass sie auch daran beteiligt sind, ihre Ziele und Wünsche in der Zukunft verwirklichen zu können. In Anbetracht einer begrenzten ökologischen Tragfähigkeit der Erde ist das Überleben der Menschheit durch die Belastungen der Umwelt prinzipiell in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund kam es zur Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio 1992 und zur Programmatik einer nachhaltigen Entwicklung. Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung kann allerdings nicht zentral gesteuert werden. Neben vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren wird in der Agenda 21 unter anderem die Schule aufgefordert, einen Beitrag zur Vermittlung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung zu übernehmen.

Doch daneben haben die Schulen auch den Auftrag, sich nach außen zu öffnen, um der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler verstärkt Rechnung zu tragen. Darum ist eine Zusammenarbeit mit außerhalb der Schule befindlichen Personen und Institutionen sinnvoll, um den Schüler/innen den Bezug zu ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu ermöglichen. In dem hier beschriebenen Planspiel, in dem die Schüler/innen auf die kommunale Politik Einfluss zu nehmen üben, und der Bürgermeister der Stadt mit ihnen kooperiert, erfahren sie deutlich, was es bedeutet, das Lebensumfeld zu gestalten, und mit welchen Schwierigkeiten man sich als Politiker auseinandersetzen muss.

Schnell erkennen die Schüler/innen durch dieses partizipative Lernen, dass eine nachhaltige Entwicklung beeinflusst wird durch die ökonomischen Interessen der Bevölkerung, die in Einklang gebracht werden müssen mit den ökologischen Erfordernissen der Leistungsfähigkeit der Natur. Die Bevölkerung ist in ihrem konkreten Umfeld primär an der Wahrung ihres Wohlstandes als Inbegriff ihrer „Lebensqualität“ interessiert. Somit zeigt sich, dass der ökonomische Aspekt relevant ist für eine nachhaltige Entwicklung. In den niedersächsischen Rahmenrichtlinien heißt es dazu pointiert: „*Industrialisierung und Umwelt: der organisierte Wahnsinn?*“³

Dass Ökonomie und Ökologie nicht weiterhin zwangsläufig im Widerspruch stehen, ist das Ansinnen der Agenda 21. Die Forderung nach einer zukunftsfähigen Gesellschaft lässt sich nur dann erfüllen, wenn den Chancen und Problemen, die sich aus der Globalisierung und der Ressourcenfrage ergeben, mit neuen zukunftsfähigen Mustern des Konsums und der Produktion begegnet wird; oder wie der Nobelpreisträger Douglass North es auf einen Punkt brachte: „Diejenige Gesellschaft, die die größte Zahl an Versuchsmöglichkeiten gestattet, wird am ehesten im Laufe der Zeit Probleme lösen können.“

² [NSchG], Seite 5.

³ [RR], Seite 34.



3 PLANUNGSUNTERLAGEN

3.1 ZIELGRUPPE

Dieses Material richtet sich vor allem an die Fachlehrerschaft des Unterrichtsfaches der Politikwissenschaften und ist für den einzelnen Lehrer sowohl zur Unterrichtsvorbereitung als auch als Unterrichtsmaterial im 11. Jahrgang einsetzbar, da es den Kolleginnen und Kollegen praktische Ansätze einer Bildung für nachhaltige Entwicklung aufzeigt. Zur Bearbeitung des Themas sind Kenntnisse der örtlichen Begebenheiten unabdingbar.

Denkbar wäre es, noch die Fächer Erdkunde und Deutsch in das Planspiel zu integrieren. Auch die Beteiligung von Schüler/innen des 10ten und 12ten Jahrgangs ist vorstellbar.

3.2 ZIELSTELLUNG DES PROJEKTES IN VERBINDUNG MIT DEM BLK-PROGRAMM „21“

Das vorliegende Material ist innerhalb des Moduls „Partizipatives Lernen“ einzuordnen und beschäftigt sich besonders mit dem Aspekt „Beteiligung an der lokalen Agenda 21“. Dabei gilt es, die Handlungskompetenzen von Schüler/innen zur nachhaltigen Gestaltung der eigenen Lebensumwelt zu stärken.

Dies setzt voraus, dass die Schüler/innen die allgemein-, die umwelt- und die arbeitsmarktpolitische Wirklichkeit in ihrer Umgebung wahrnehmen, damit sie erkennen, dass soziale, ökologische und ökonomische Entwicklungen nicht einzeln stehen und sich auch nicht per Definition widersprechen.

Das erste Ziel ist damit klar: Die Schüler/innen müssen an die Prozesse der Kommunalpolitik heran geführt werden, damit sie die „Träger staatlicher Aufgaben“ genauer kennen lernen. Wie funktioniert die Kommunalpolitik? Welche Aufgaben hat der Bürgermeister? Was macht die Stadtverwaltung? Und wo bleibt der Bürger? Es gilt herauszufinden, dass die kommunale Politik von den Möglichkeiten der direkten Beteiligung lebt. Sie lernen durch diese Partizipation den Umgang mit der Öffentlichkeit vor Ort. In dieser Altersstufe erleben die Jugendlichen das erste Mal bewusst, was die Kommunalpolitik für Auswirkungen auf ihre individuelle Lebenswelt haben kann. Durch immer wieder auftretende knappe Mehrheiten von Exekutiven in den Kommunalparlamenten können die Schüler/innen außerdem erfahren, welches Gewicht die einzelne Stimme bei den Kommunalwahlen haben kann und wie durch die Stimmenabgabe ein Wechsel der Regierung herbeigeführt werden kann.

Ein erster Schritt zur Teilhabe an einer nachhaltigen Entwicklung ihrer Stadt ist, dass die Jugendlichen ihre Vorstellungen von aktivem Umweltschutz und einer Verknüpfung dieses Schwerpunktes mit der kommunalen Arbeitsplatzsituation entwerfen und den Verantwortlichen zur Diskussion stellen. Dadurch werden die Schüler/innen befähigt, die Folgekosten des technologischen Wandels für die Umwelt zu erschließen und sie erkennen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Umwelt kompatibel sind, denn



„ohne Teilhabe der Betroffenen ist eine nachhaltige Entwicklung nicht zu haben.“⁴

Es gilt, die Schüler/innen für die lokale Wirtschafts- und Umweltpolitik zu interessieren, da diese beiden Politikfelder zu den wichtigsten Aufgabenfeldern der Kommunalpolitik gehören. Die Zusammenhänge zwischen diesen beiden Aufgabenfeldern sollen hergestellt werden, damit die Schüler/innen erkennen, dass in der Kommunalpolitik die einzelnen Aufgabenfelder miteinander verbunden sind und voneinander abhängen. Erst durch diese Erkenntnis ist es den Schüler/innen möglich, umweltethische Diskurse nachzuvollziehen und auch in Gang zu setzen. Die Schüler/innen sollen erkennen, dass gerade im Umweltbereich die kommunale Ebene eine wichtige Rolle spielt, da gerade die Kommunen eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und modellhaften Erprobung umweltpolitischer Innovationen einnehmen. Durch diese Erkenntnis können die Schüler/innen erfahren, was „Partizipatives Lernen“ für sie konkret vor Ort bedeutet und sie lernen, sich einzumischen, mitzureden und vor allem mitzubestimmen.

3.3 CURRICULUMBEZUG

Das vorliegende Material dokumentiert den Verlauf einer Unterrichtsreihe in der Vorstufe (11. Jhg.) im Fach Politikwissenschaften. Der Kurs muss sich in Niedersachsen verbindlich mit dem Thema „Arbeit und Strukturwandel“ beschäftigen. Eines der verbindlichen Schlüsselprobleme ist der technologische Wandel. Anhand des Unterrichts sollen die Schüler/innen Kenntnisse und Einsichten über die Chancen und Risiken neuer Technologien erlangen und lernen, sich kritisch mit diesen auseinander zu setzen. Neben diesem verbindlichen Schlüsselproblem muss ein weiteres je nach Schwerpunktsetzung des Kurshalbjahres berücksichtigt werden. Beim vorliegenden Material wurde „Ökonomie und Umwelt“ als Problem ausgewählt, da die Folgekosten des technologischen Wandels die Schüler/innen nach einer Abstimmung besonders interessierten und sie mehr wissen wollten über die Probleme, die Chancen und auch die Risiken, die der technologische Wandel in ihrer unmittelbaren Umwelt hervorrufen kann. Außerdem waren die Schüler/innen daran interessiert, was genau die Kommunalpolitik bei diesem konkreten Problem für Einflussmöglichkeiten hat, da sie der Auffassung sind, dass die Politiker/innen sich generell zu wenig für dieses Problem interessieren. Somit steht das Aufzeigen und Nachvollziehen von Möglichkeiten der Politik in der Region zu diesem Schlüsselproblem im Vordergrund. Wichtig ist, dass sich nicht die Politiker/innen darstellen, sondern die Schüler/innen den Handlungsrahmen konkret nachempfinden können und dabei von den Möglichkeiten der Politiker/innen inspiriert werden.

3.4 RAHMENBEDINGUNGEN

Außerschulische Kooperationen

Das Gymnasium Westerstede als Umweltschule in Europa hat sich bereits in mehrfacher Hinsicht durch eine Öffnung der Schule dem partizipativen Lernen verschrieben. Eine enge Kooperation sowohl mit der örtlichen Industrie als auch vor allem mit den lokalen Politiker/innen ist für die Schule kein Novum, sondern wird im Gegenteil immer wieder angestrebt. Neben diesem Schulprofil ist die

⁴ [de Haan], S. 2.



Schule in den lokalen Agenda 21-Prozess der Stadt Westerstede eingebunden. Neben den Agenda-Arbeitsgruppen „Stadtentwicklung und Bauen“, „Entwicklung im ländlichen Raum“ und „Eine Welt und Gerechtigkeit“ wurde eine vierte Arbeitsgruppe „Schulen“ gebildet. Damit ist das Gymnasium gleichrangig im Agenda-Prozess der Stadt vertreten. An der Schule hat sich ein BLK-Ausschuss als Planungsgremium gebildet, das sich aus Lehrkräften verschiedener Fachrichtungen, aus Eltern- und Schüler/innenvertretern und aus Agenda-Beauftragten der Stadt zusammensetzt. In diesem Gremium werden Vorhaben an der Schule initiiert und die organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen.

Rahmenbedingungen für die Durchführung des Planspiels

Speziell bei der Durchführung des Planspiels ist neben den erwähnten Kooperationen vor allem die Größe der Lerngruppe zu beachten. In dieser Hinsicht weist das vorliegende Planspiel eine besondere Konstellation auf, da eine Gruppe aus 55 Schüler/innen der Jahrgangsstufe 11 zusammengestellt wurde, die zwei verschiedenen Klassen entstammen. Diese Größe sollte als ungefähre Richtwert beibehalten werden, da sich das Planspiel im Aufbau nach den realen Verhältnissen vor Ort richtet, die jedoch je nach Anzahl der Sitze im Rat der Stadt variiert werden kann. Ebenfalls vorausgesetzt werden muss, dass die Schüler/innen die Sozialform der Gruppenarbeit bereits kennen und dass die Schüler/innen motiviert sind, über die reguläre Unterrichtszeit hinaus Zeit zu investieren.

Rahmenbedingungen durch die politischen Verhältnisse in Westerstede

Um die Rahmenbedingungen im Speziellen nachvollziehen zu können, sei hier auch ein kurzer Abriss der Situation der Kleinstadt, in der das Projekt durchgeführt wurde, gegeben. Nach der Kommunalwahl vom 09.09.2001 ist es in Westerstede zu einem überraschenden Machtwechsel gekommen. Die seit Jahren regierende Koalition aus SPD, UWG (11,02 %, 4 Sitze) und Grünen (5,86 %, 2 Sitze) wurde auf die Ränge der Opposition verwiesen. Die SPD hat mit 32,9 % der Stimmen und zwölf Sitzen zwar noch immer die Mehrheit im Rat der Stadt, doch ist es aufgrund einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Politikern der Grünen zu einer Spaltung dieser Fraktion gekommen, so dass einer von ihnen nunmehr als Parteiloser dem Rat der Stadt beiwohnt und die Partei der Grünen nur noch mit einer Person vertreten ist. Die CDU ist mit 31,46 % und elf Sitzen die zweitstärkste Fraktion im Rat der Stadt und bildet mit der FDP (18,47 %, 6 Sitze) und dem parteilosen Jürgen Drieling die Regierungskoalition der Stadt.

Änderungen der Organisation der Stadtverwaltung

Eine weitere Neuerung hat es in dieser Kleinstadt neben dem Regierungswechsel gegeben: Dem Bürgermeister obliegt es zum ersten Mal in Westerstede sowohl den Rat als auch unterstützend die Verwaltung zu leiten und damit Aufgaben des noch amtierenden Stadtdirektors mit zu übernehmen. Da der Stadtdirektor noch einige Zeit im Amt bleibt, wird die Gemeinde zur Zeit zweigleisig geführt, wobei sich der Bürgermeister und der Stadtdirektor stets absprechen. Dieser Dualismus begründet sich in der Reform der NGO (niedersächsische Gemeindeordnung) von 1996, wonach der Bürgermeister erst dann vollständig die Aufgaben des Stadtdirektors übernimmt, wenn dessen Vertrag beendet ist. In Westerstede wird der amtierende Stadtdirektor im Laufe dieser Legislaturperiode pensioniert.



3.5 ZIELFINDUNG/ UNTERRICHTSORGANISATION

In Abstimmung mit den Rahmenrichtlinien wurde eine Umfrage unter den Schüler/innen der 11ten Jahrgangsstufe durchgeführt. Sie kamen einhellig zu der Meinung, dass sowohl die Umweltpolitik als auch die wirtschaftlichen Belange der Region dazu geführt hätten, dass die Jugend sich in der Kommunalpolitik nicht vertreten gefühlt hätte (siehe niedrige Wahlbeteiligung). Darauf brach schnell die Diskussion auf, inwiefern Ökologie und Ökonomie miteinander kooperieren könnten. Nach einer weiteren Fokussierung stellte sich anhand der unterschiedlichen Interessenlage der Jugendlichen die Frage:

„Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze?“

Sie wurde als Leitfrage dem gesamten Planspiel zugrunde gelegt.

Neben dieser speziellen Themenfindung waren aber noch andere Lernziele ausschlaggebend für das Unterrichtsprojekt. Die Lernziele sollten sowohl die gesellschaftliche als auch die fachwissenschaftliche und natürlich auch die Relevanz für die Schüler/innen aufgreifen und sind daher in drei Kategorien eingeteilt, wobei die methodischen Lernziele je nach ihrer Art den drei Kategorien zugeordnet werden können: Die sozialen, die allgemeinen politischen und die speziellen politischen Lernziele. Die Ziele ergeben sich vorrangig aus den didaktischen Überlegungen und den Rahmenrichtlinien des Landes Niedersachsen. Auch das Schulprofil, die Öffnung der Schule und die Neuorientierung der Umweltbildung in Richtung Bildung für eine nachhaltige Entwicklung finden bei diesen Überlegungen Berücksichtigung.

Bei den sozialen Lernzielen steht vor allem die Diskursfähigkeit im Vordergrund. Die Schüler/innen sollen die sozialen Aspekte „wie Offenheit für andere Menschen, Toleranz und Vertrauen in die soziale Umgebung“ ausbauen. Die Diskursfähigkeit verlangt, dass die Schüler/innen ihre Selbstständigkeit und ihre Kritikfähigkeit weiterbilden. Durch die Gruppenarbeit wird zusätzlich die Teamfähigkeit gefördert.

Um die Schüler/innen auf ihre Rolle als Bürger/in vorzubereiten, müssen sie Kompetenzen in demokratischen Handlungsabläufen erlangen, lernen sich einzumischen, mitzureden und mitzubestimmen. Dieses setzt voraus, dass sie lernen, sich einzumischen, mitzureden und mitzubestimmen.

Speziell in diesem Planspiel Kommunalpolitik erhalten die Schüler/innen die Möglichkeit, an die Mitgestaltung des Gemeinwesens herangeführt zu werden, da sie den Aufbau der Kommunalpolitik erforschen und vor allem auch erfahren. Darüber können sie erkennen, welche Auswirkungen ihre Stimmabgabe bei der Kommunalwahl haben kann und sie erfahren, was eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung konkret bedeutet.

Mit welcher Methode gilt es nun, den Jugendlichen die Kommunalpolitik zu vermitteln, ohne dabei die Interessen und Fähigkeiten und den Lern- und Leistungsstand der Lerngruppe außer Acht zu lassen?

Aus verschiedenen Gründen ist für die Vermittlung von demokratischer Handlungskompetenz eine offene Form des Unterrichts zu wählen.

In den Rahmenrichtlinien ist gefordert „die Grenzen zwischen *schulischem Lernen und Handeln im wirklichen Leben zu überschreiten*.“⁵. Für eine solche Unter-

⁵ [RR], Seite. 24.



richtsorientierung scheint der Frontalunterricht ungeeignet. Zum einen würde damit der sozialen und auch der methodischen Kompetenz der Lerngruppe nicht ausreichend Rechnung getragen. Zum anderen würde die Schülerorientierung, die von den Rahmenrichtlinien eingefordert wird, nicht ausreichend berücksichtigt, da bei einem Frontalunterricht die Kommunikationsprozesse über die Lehrperson laufen.

Da in den Rahmenrichtlinien zudem das Handeln der Schüler/innen explizit gefordert wird, kann die Wahl nur auf eine handlungsorientierte Methode fallen, die in großer Anzahl in der politischen Bildung zu finden sind. Da es galt, die eigene Lebenswelt der Schüler/innen mit der Systemwelt zu verflechten, bot sich der Projektunterricht geradezu an, da hier die Schüler/innen versuchen, ihre eigenen Erfahrungen in die Erforschungen zu integrieren.

Die Erfahrungen der jungen Generation gilt es also ausreichend zu berücksichtigen, und dabei gleichzeitig die Jugendlichen auf ihre Bürgerrolle aktiv vorzubereiten, ohne dabei die soziale Komponente der Gruppe zu vernachlässigen.

Für die Wahl eines Planspiels spricht, dass im Planspiel die lokalen Begebenheiten ausreichend berücksichtigt werden können, und dass die Grenze zwischen schulischem Lernort und realem Handeln überschritten werden kann, ohne sich dabei auf die Übernahme eindimensionaler Rollen zu beschränken.

In der politischen Bildung verfolgt das Planspiel den Gedanken, die in der Realität existierenden Institutionen möglichst wirklichkeitsgetreu nachzuspielen. Dabei werden an einem spezifisch konstruierten Problem die realen Bedingungen erprobt. Innerhalb dieses Handlungsrahmens haben die Spieler/innen die Möglichkeit, ihre Entscheidungen zu treffen. Dabei ist es wichtig, dass der oder die Spieler/in sich mit der Gruppe identifizieren kann, deren Interessen er im Spiel als ein Mitglied der Gruppe vertritt. *„Ohne emotionale Bindung bzw. Identifikation der einzelnen Teilnehmer mit der betreffenden Gruppe ist das Planspiel nicht durchführbar.“*⁶

Die Aufgaben der Lehrperson liegen beim Planspiel vorrangig in der Vor- und Nachbereitung, denn sie schafft den Rahmen des Spiels. Dabei agiert sie vor allem im Vorfeld, da in dieser Zeit die Planungen, die Organisation des Spiels und die Bereitstellung des Materials liegen. Während des eigentlichen Spielverlaufs ist von der Lehrperson zurückhaltende Unterstützung notwendig, wenn die Spieler diese einfordern.

Damit den Schüler/innen der Lerngruppe das politische Handeln vor Ort nachvollziehbar wird, wendet sich das propagierte Planspiel der Kommunalpolitik zu. Dabei wird die Lebenswelt der Schüler/innen in zweifacher Hinsicht berücksichtigt: Erstens werden die Schüler/innen aktiv im Sinne ihrer Interessen und auch ihre Kritik an den örtlichen Begebenheiten findet Berücksichtigung und zweitens können sie ihre lokalen Kenntnisse in das Spiel integrieren und müssen ihre Lebenswelt nicht verlassen. Aus dieser unmittelbaren Betroffenheit heraus wird dann gehandelt.

Im Vorfeld und auch parallel zur Unterrichtsreihe müssen einige Vorbereitungen getroffen werden. Bei der Organisation der äußeren Bedingungen ist an erster Stelle eine adäquate Zeitplanung von immenser Bedeutung, und es sollte geklärt sein, wer vom Vorhaben der „Stadtratssitzung“ betroffen und darum zu informieren ist. Als Zweites gilt es noch, geeignete Räumlichkeiten ausfindig zu machen. Diese organisatorischen Überlegungen werden nachfolgend erläutert und abschließend in einer Übersicht dargestellt.

⁶ [Silkenbeumer], Seite 43.



a) Zeitplanung

Vor Beginn der ersten Unterrichtsphase ist zu bedenken, wie lange die Schüler/innen benötigen, um Forschungen über den Themenkomplex der Kommunalpolitik anzustellen und diese zur Präsentation vorzulegen. Des Weiteren empfiehlt es sich zu beachten, dass die Schüler/innen vor ihrer „Stadtratssitzung“ eine reale Stadtratssitzung miterlebt haben sollten, damit sie wissen, wie eine solche strukturiert ist und welchen Handlungsrahmen die Stadträt/innen in einer Sitzung haben. Am besten wäre es, wenn diese Sitzung während der Vorbereitungsphase stattfinden würde. In diesem Planspiel besuchten einige der Schüler/innen eine Stadtratssitzung in Westerloy.

Pressespiegel

Rathausdach muss saniert werden

ott Westerstede. Das mehr als 70 Jahre alte Dach des Westersteder Rathauses bedarf einer dringenden Sanierung. Darauf wies Stadtdirektor Gerd Tapken hin. Ausdrücklich sprach sich der Verwaltungschef gegen eine von den Grünen verlangte Komplettrenovierung aus. „Dafür stehen im Haushalt keine Mittel zur Verfügung. Da jedoch dringender Handlungsbedarf besteht, müssen wir mit einer ehe provisorischen und damit kostengünstigeren Lösung einverstanden sein“, betonte Tapken während einer Ratssitzung in Westerloy.

NWZ, 18.12.2001

Nach dieser Vorbereitungsphase nimmt auch die Präsentation der Arbeitsergebnisse Zeit in Anspruch, die bei einer Lerngruppe von 55 Personen, eingeteilt in zehn Arbeitsgruppen, nicht innerhalb einer Schulstunde zu bewältigen ist. Deshalb ist es sinnvoll, sich bereits im Vorfeld nach der Möglichkeit eines Projekttages zu erkundigen. Wenn dies aufgrund von äußeren Gegebenheiten nicht möglich ist, sollte man versuchen, mindestens drei zusammenhängende Schulstunden für die Präsentation zu organisieren.

Als Drittes ist bei der Zeitplanung zu bedenken, dass die Schüler/innen, nachdem sie sich in der dritten Phase in Fraktionen zusammengefunden haben, die Möglichkeit haben sollten, bei den realen Stadtratsmitgliedern Erkundungen über deren politischen Standpunkt zu dem von den Schülerfraktionen gesetzten Schwerpunkten einzuholen. Auch dies wird viel Zeit in Anspruch nehmen, da sich die Schüler/innen erst einmal ihren Schwerpunkt überlegen müssen und dann die realen Stadtratsmitglieder noch um Rat fragen sollen. Bei diesen handelt es sich um



Privatpersonen, so dass man nicht davon ausgehen kann, dass sie sich jederzeit für das Anliegen Zeit nehmen können. Außerdem müssen die Stadtratsmitglieder im Vorfeld von dem/der Lehrer/in über das Planspiel informiert werden, damit sie überhaupt wissen, was die Schüler/innen von ihnen erfahren wollen und was auf sie zukommen kann (siehe Material 3).

b) Planung der Räumlichkeiten

Der Realitätsgehalt der „Stadtratssitzung“ sollte nicht an den Räumlichkeiten scheitern. Darum ist es unbedingt notwendig, den Ratssaal für die Sitzung zu mieten bzw. die Räumlichkeiten, in denen die Sitzungen im Normalfall stattfinden. Wichtig ist, dass die Räumlichkeit ausreichend Platz bietet.⁷ Der Raum sollte außerdem mit einem Overhead-Projektor ausgestattet sein, damit eventuelle Folien zum Einsatz kommen können. Dies setzt ferner voraus, dass der Raum zu verdunkeln ist. Auch sollte der Raum den Schüler/innen bereits bekannt sein, damit sie sich in ihrer Rolle als „Stadtrat“ nicht fremder fühlen als unbedingt nötig. Diese organisatorischen Überlegungen prägen den Aufbau der Reihe stark. Daher resultiert folgender Aufbau der Reihe, wobei die erste und die zweite Phase noch in die Vorbereitung fallen und erst ab der dritten Phase das eigentliche Planspiel seinen Lauf nimmt. Die sechste Phase - die Evaluation - findet nach Beendigung des eigentlichen Planspiels statt, gehört aber unbedingt dazu, da es sowohl den Schüler/innen als auch der Lehrperson die Möglichkeit bietet, die Methode Revue passieren zu lassen. Der besseren Übersicht dienend soll der Aufbau an dieser Stelle in einer groben Übersicht tabellarisch aufgezeigt werden. Eine detaillierte Darstellung schließt sich an die grobe Übersicht an.

⁷ Die „Stadträte“ sollten genügend Platz haben so zu sitzen, wie die Ratsmitglieder in ihren Sitzungen. Auch müssen die „Bürger/innen“ Platz finden und die Personen von außerhalb, wobei diese von den „Bürger/innen“ zu trennen sind.



c) Der Verlauf im Überblick

1. Vorbereitungsphase

Schüler/innen erforschen die Kommunalpolitik

2. Vorbereitungstreffen

Schüler/innen stellen ihre Ergebnisse vor und formieren sich in „Fraktionen“

3. Die „Fraktionen“ unter sich

Schüler/innen setzen ihren Schwerpunkt und formulieren ihre Anträge und Anfragen,
eventuelle Rückfragen an reale Parteien

4. Spielleitung als „Stadtratsbüro“

Schüler/innen nehmen innerhalb der Parteien Stellung zu den Anfragen und Anträgen der anderen Parteien

5. Die „Stadtratssitzung“ beginnt!

Schüler/innen nehmen ihre Positionen als „Stadträte“ und „Bürger/innen“ in der Öffentlichkeit ein

6. Evaluation

Schüler/innen schreiben Leserbrief
Schüler/innen diskutieren mit dem Bürgermeister
über die Erfolgsaussichten



d) Aufbau der einzelnen Phasen

Die erste Phase – Die Vorbereitungsphase

Kurzübersicht der ersten Phase:

- Einführung in die Methode des Planspiels
- Darstellung des zeitlichen Ablaufs (siehe Checkliste der Organisation unter 3.5 e)
- Vorstellung der einzelnen Forschungsbereiche und Klärung der auftretenden Fragen (Material 2)
- Einteilung der Lerngruppe in Arbeitsgruppen nach Interesse und Bestimmung eines Ansprechpartners von Seiten der Gruppe
- Absprache des Termins des nächsten Treffens

Planung und Aufbau der Phase

Zu Anfang der Phase steht die Vorstellung der Methode des Planspiels im Vordergrund. Diese sollte den Schüler/innen in der ersten gemeinsamen Sitzung präsentiert und Sinn und Ziele dieser Methode vorgestellt werden. Damit sie einen Überblick über den Ablauf des Planspiels bekommen, bietet es sich an, den Schüler/innen die tabellarische Übersicht der einzelnen Phasen mit der jeweiligen Terminierung vorzulegen.

Wie bereits bei den methodischen Überlegungen erläutert, ist es wenig sinnvoll, dass die Schüler/innen ohne detaillierte Vorkenntnisse das Planspiel beginnen und ein unterschiedliches Bildungsniveau bezüglich der Thematik aufweisen. Darum soll diese erste Phase der Vorbereitung neben der Einführung auch der Vermittlung von Kenntnissen der allgemeinen politischen, der umweltpolitischen und der arbeitsmarktpolitischen Situation der Kommune dienen. Die in der Diskussion erarbeitete Kernfrage steht im Mittelpunkt der Erkundungen, damit die Schüler/innen bereits bei ihren Forschungen erkennen, dass die einzelnen Faktoren der Kommunalpolitik nicht für sich alleine stehen können. Einige Schüler/innen werden wahrscheinlich bereits in dieser Phase erkennen, dass die Forschungsgebiete mit dem bisherigen Unterricht zusammenhängen, da vor allem der Aspekt der Arbeitsmarktsituation bereits in den vorherigen Projekten und im Unterricht ausführlich vertieft wurde. Es sollte sich darum bei den Erläuterungen auf das Nötigste beschränkt werden.

Diese Phase dient außerdem der Vorbereitung der Schüler/innen auf ihre Tätigkeit als „Stadträte“, so dass es notwendig erscheint, dass auch die Institutionen der Kommunalpolitik genauer untersucht werden.

Daraus ergibt sich erst einmal eine Stichwortliste zu den verschiedenen Forschungsfeldern:

- Ablauf der politischen Entscheidungsprozesse in der Kommune
- Zuständigkeiten der Gemeinde
- Aufbau der Gemeindeordnung und -verwaltung
- Haushalt der Stadt Westerstede
- Welche Förderprogramme existieren zur Schaffung von Arbeitsplätzen national und innerhalb der EU?
- Welche Möglichkeiten bietet das BLK-Programm?
- Westerstede als Mitglied im Klimabündnis
- Die lokalen Positionen der Parteien zum Diskurs



Aus diesen Vorüberlegungen wurde das vorliegende Mind-Map (siehe Material 1) entwickelt, welches in diesem speziellen Planspiel noch um die Punkte des Agenda-Beschlusses der Stadt Westerstede, der Zusammensetzung des Rates der Stadt, der Förderung von Unternehmensgründungen und der Stellung des Stadtdirektors ergänzt wurde, da diese Faktoren die Kommunalpolitik in Westerstede ebenfalls mit beeinflussen und bezüglich der Fragestellung von Bedeutung sind. Durch die Strukturierung des Themas ergaben sich letztlich 10 zu erforschende Bereiche. Die Lerngruppe teilte sich nach Interesse den Bereichen zu, mit einer Gruppenstärke von max. 7 Personen, um den organisatorischen Aufwand handhabbar zu halten. Da eine Zahl von 55 Personen nicht so leicht zu überschauen ist, ist es hilfreich, in jeder Gruppe eine Person als Ansprechpartner zu verabreden und während der gesamten Vorbereitungsphase für sich erreichen zu können.

Eventuell können einige Schüler/innen manche Faktoren des Mind-Maps nicht verstehen. Daher sollten die einzelnen Faktoren kurz erläutert werden, bevor sie sich für ihr Forschungsprojekt entscheiden. Wichtig ist es hierbei, die Schüler/innen explizit darauf hinzuweisen, dass sie sich ihren Schwerpunkt der Forschung **nach Interesse** und nicht nach Sympathie zu den anderen Gruppenmitgliedern suchen sollen. Des Weiteren wurden die Schüler/innen zu diesem Zeitpunkt darüber informiert, dass sie ihre Ergebnisse der verbleibenden Lerngruppe vorstellen und ein Protokoll ihrer Erforschungen vorlegen müssen, indem sie sowohl ihre Vorgehensweise als auch ihre Ergebnisse in schriftlicher Form darstellen. Eventuell bedarf es an dieser Stelle der Erläuterung des Protokolls. Dies ist abhängig vom Kenntnisstand der Lerngruppe.

Damit die Schüler/innen nicht das Gefühl haben, sie seien auf sich allein gestellt, ist es sinnvoll, sich in dieser Phase zweimal in der Woche im Plenum zu treffen, so dass sie Fragen stellen und Unklarheiten beseitigen können. Für die Schüler/innen sollte dieses Treffen keine zusätzliche Belastung darstellen, sondern während der Schulzeit stattfinden.

Die zweite Phase – Das Vorbereitungstreffen

Kurzübersicht der zweiten Phase:

- Vorstellung der Ergebnisse der Nachforschungen mit kurzer Diskussion
- Einteilung der „Fraktionen“ nach Interesse und nach realer Sitzverteilung im Rat
- Darstellung der weiteren Vorgehensweise anhand der tabellarischen Auflistung
- Terminabsprachen

Vorgehensweise und Aufbau der Phase

Vor dem Zusammentreffen mit den Schüler/innen sollten die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien über das Planspiel Kommunalpolitik informiert und sie um ihre Unterstützung gebeten werden, entweder persönlich oder telefonisch, wenn dies nicht möglich ist zumindest schriftlich (siehe Material 3).

Zu Beginn dieser Phase präsentieren die Gruppen ihre Ergebnisse der Nachforschungen den anderen. Bei zehn Gruppen benötigt man dafür entsprechend Zeit, damit die Schüler/innen die Verzahnung der einzelnen Schwerpunkte erkennen können. Ideal wäre ein ganzer Vormittag, da sie dann auch die Möglichkeit der Nachfrage hätten. Wie sich aus der vorherigen Phase ergeben hat, wird mindes-



tens eine Stunde benötigt, damit sich die Schüler/innen nach Interesse den einzelnen Parteien zuordnen können.

Dabei ist darauf zu achten, dass sich auch nur die Anzahl an Schüler/innen zu einer „Fraktion“ zusammenschließt, wie sie auch mit Sitzen im Rat der Stadt vertreten sind. Da es im Rat Westerstedes allerdings zwei Personen gibt, die parteilos bzw. alleiniger Vertreter der Partei sind, erscheint es sinnvoll, dass die Schüler/innen sich in der Vorbereitung zur „Stadtratssitzung“ hier mit mehreren Personen zusammenfinden, da sonst die einzelnen Schüler/innen überlastet wären. Dabei sollen allerdings maximal sechs Personen die Partei bzw. den Parteilosen darstellen, damit die Gruppe der Bürger/innen nicht zu klein wird und die „Politiker“ von vielen Personen kritisch betrachtet werden.

Nach dieser Aufteilung sollte den Schüler/innen die weitere Vorgehensweise anhand der tabellarischen Darstellung erläutert und auf Fragen von Seiten der Lerngruppe reagiert werden. Des Weiteren sollen die Schüler/innen daran erinnert werden, dass in der kommenden Woche eine Stadtratssitzung stattfindet, und dabei soll kurz die Bedeutung der Teilnahme an dieser erläutert werden.⁸ Damit die Schüler/innen auch in dieser Phase unterstützt und eingebunden sind, werden mit ihnen Treffen zum Zeitpunkt des Politikunterrichts vereinbart.

Die dritte Phase – Die „Fraktionen“ unter sich

Kurzübersicht der dritten Phase:

- Diskussion innerhalb der „Fraktionen“ über einen möglichen Schwerpunkt
- Rückfragen an die Kommunalpolitiker zu ihrer Position zu diesem Schwerpunkt
- Formulierung eines Antrages

Vorgehensweise und Aufbau der Phase

Zu Beginn dieser Phase sollen die Schüler/innen in ihren „Fraktionen“ einen eigenen Schwerpunkt zur Bearbeitung der Fragestellung setzen. Bei dieser Schwerpunktsetzung gilt es darauf zu achten, dass sie die politische Richtung der realen Parteien beachten. Anhand dessen werden die Schüler/innen erkennen, wie wichtig es war, dass sie sich nach ihren Interessen in den „Fraktionen“ gruppiert haben. Dieses Interesse soll die Motivation erneut steigern, damit die Schüler/innen die Hemmschwelle überwinden und die realen Politiker/innen nach ihren Standpunkten fragen. Vermutlich werden nicht alle „Fraktionen“ von diesem Angebot Gebrauch machen, doch sollten sie von der Möglichkeit erneut in Kenntnis gesetzt werden.

Für das Formulieren der Anträge sollen die Schüler/innen eine Woche Zeit bekommen, wobei sich hier zwei Treffen innerhalb dieser Woche als hilfreich erwiesen haben, damit die Schüler/innen auftretende Fragen stellen können.

⁸ Die Teilnahme an einer realen Stadtratssitzung hat sich als sehr wichtig herausgestellt, da die Schüler erst durch diesen Besuch erfahren haben, wie eine solche Sitzung vonstatten geht. Wenn aufgrund der Räumlichkeiten nicht alle Schüler an einer solchen Stadtratssitzung teilnehmen können, ist es wichtig, dass diejenigen, die nicht zur Sitzung kommen konnten, von den Teilnehmenden über den Verlauf einer Sitzung informiert werden.



Die vierte Phase – Die Spielleitung als „Stadtratsbüro“

Kurzübersicht der vierten Phase:

- Austeilung der Anträge an alle „Fraktionen“
- eventuelle Kontaktaufnahme mit realen Politikern
- Aufstellung und Verteilung der Tagesordnung der „Stadtratssitzung“

Vorgehensweise und Aufbau der Phase

Zu Beginn dieser Phase werden die Schüler/innen die Anträge der jeweils anderen „Fraktionen“ das erste Mal vor Augen haben und damit erst jetzt deren Schwerpunkte erfahren. Seit Beginn der dritten Phase herrschte zwischen den einzelnen „Fraktionen“ „Funkstille“, damit sich die Mitglieder nicht untereinander absprechen konnten. Auf diese Anträge gilt es nun von Seiten einer jeden „Fraktion“ zu reagieren, indem sich die Schüler/innen überlegen, welchen Standpunkt sie zu dem jeweiligen Antrag einnehmen wollen. Um auch hier möglichst real zu bleiben, haben sie erneut die Möglichkeit, bei den Kommunalpolitikern sich nach deren Standpunkt zu erkundigen, damit sie im Sinne der Fraktion politisch auf die Anträge reagieren können.

Zeitlich umfasst diese Phase drei Tage, in denen nur eine Zusammenkunft im Plenum stattfindet. Da dies sehr kurz ist, erscheint es sinnvoll, die Fraktionsvorsitzenden telefonisch darüber zu informieren, dass die Schüler/innen in dieser kurzen Zeit eventuell Kontakt mit ihnen aufnehmen würden, um deren politischen Standpunkt zu den Anträgen der anderen „Fraktionen“ zu erfahren.

Nach Erhalt der Anträge gilt es ferner, die Tagesordnung für die „Stadtratssitzung“ zu erstellen und diese den „Fraktionen“, dem Bürgermeister und dem Schulleiter zukommen zu lassen (siehe Material 6).

Die fünfte Phase – Die „Stadtratssitzung“

Kurzübersicht der fünften Phase:

- Festlegung zweier Protokollanten für die „Stadtratssitzung“
- Einfinden und -gewöhnen in die für die Schüler/innen ungewöhnliche Raumstruktur
- „Stadtratssitzung“ gemäß Tagesordnung⁹

Vorgehensweise und Planung der Phase

Die Anwesenheit der Schüler/innen wird anfangs festgestellt, damit nicht in einer „Fraktion“ ein Mitglied fehlt und es aufgrund dessen nicht zu einer realistischen Abstimmung im „Rat“ kommen kann. Außerdem werden noch zwei Protokollanten für die „Stadtratssitzung“ bestimmt, die aus der „Fraktion“ der „Bürger/innen“ stammen.

Zu Beginn der „Stadtratssitzung“ sollen die Schüler/innen sich ihren „Fraktionen“¹⁰ gemäß ihre Plätze in der neuen Umgebung suchen.¹¹

⁹ Es empfiehlt sich, den offiziellen Rahmen der Stadtratssitzung durch die Verwendung des originalen Briefkopfes der Stadt und des Wortlautes zu einer Einladung einer Stadtratssitzung der Stadt zu unterstützen, wenn es möglich ist. Die Reihenfolge der Anträge ergibt sich aus der Fraktionsstärke und aus inhaltlichen Schwerpunkten.

¹⁰ In der „Stadtratssitzung“ werden sowohl die Grünen als auch der parteilose Jürgen Drieling mit jeweils einer Schülerin vertreten sein. Die anderen „Fraktionsmitglieder“



Zur Eröffnung wird der reale Bürgermeister die „Ratsmitglieder“ willkommen heißen und zur Tagesordnung übergehen. Gemäß dieser sollen die „Bürger/innen“ ihre Anfragen und Hinweise dem „Stadtrat“ vortragen. Vermutlich werden die „Bürger/innen“ damit einige Probleme haben, da sie nun das erste Mal in die „Öffentlichkeit“ treten mit ihren Anfragen. Als Lehrperson darf aber nicht eingegriffen werden, sollte diese Schwierigkeit auftreten, da dies dem offiziellen Charakter der Sitzung nicht gerecht und der Lerneffekt nicht mehr möglich wäre.

Die „CDU-Fraktion“ soll an diese Fragestunde anschließend ihren Antrag vorstellen und erläutern. Dabei dürfen die anderen „Fraktionen“ jeweils eine Stellungnahme zu diesem Antrag abgeben und anschließend soll über diesen Antrag abgestimmt werden. Genauso soll mit den anderen Anträgen verfahren werden, so dass insgesamt sechs Anträge zur Abstimmung stehen. Die Moderation und Beachtung der Geschäftsordnung obliegt dabei dem Bürgermeister der Stadt.

Sollte die örtliche Presse bei dieser Veranstaltung anwesend sein, empfiehlt es sich, dass einige Schüler/innen direkt im Anschluss an diese Sitzung den Journalisten Rede und Antwort stehen, da zu diesem Zeitpunkt die Erinnerungen noch „frisch“ sind.



Planspiel - Stadtratsitzung

werden sich in die Reihe der „Bürger/innen“ einordnen“, allerdings nicht als diese fungieren.

¹¹ Im Zuge der Organisation hat es sich ergeben, dass wir auf einen Raum in der Schule ausweichen mussten, da zum einen die Säle der umliegenden Gaststätten mit Weihnachtsfeiern belegt waren und zum anderen der Bürgermeister den gewählten Raum für nahezu ideal für eine Stadtratssitzung befand. Im gewählten Raum befindet sich eine Tribüne, auf der die Zuschauer ausreichend Platz finden und von den „Bürger/innen“ getrennt sitzen.

**Die sechste Phase – Evaluation****Kurzübersicht der sechsten Phase:**

- Erstellen eines Fragebogens für die Schüler/innen
- Evaluation der Unterrichtsreihe anhand eines Leserbriefes
- Diskussionsrunde der Lerngruppe mit dem Bürgermeister

Vorgehensweise und Aufbau der Phase

Anschließend an das Interview des Journalisten sollen die Schüler/innen sich in einem Leserbrief zur „Stadtratssitzung“ kritisch äußern, wobei direkt darauf hingewiesen werden soll, dass die Leserbriefe mit dem Einverständnis der Schüler/innen veröffentlicht werden können. Dadurch haben die Schüler/innen die Möglichkeit, schriftlich für sich zu resümieren, was sie durch die Unterrichtsreihe gelernt haben und was nicht. Des Weiteren sollen sie sich kritisch zur Methode des Planspiels äußern, indem sie einen Fragebogen ausfüllen, der sowohl allgemeine Fragen zur Methodik enthält als auch spezielle Fragen zur „Stadtratssitzung“. Durch diesen sollen alle Schüler/innen die Möglichkeit erhalten, ihre Meinung detailliert kund zu tun, was sonst bei einer Lerngruppe von 55 Personen relativ schwierig ist.

Damit die Schüler/innen die Einflussnahme eines Stadtrates kritisch hinterfragen und diese Kritik auch wahrgenommen wird, erscheint es sinnvoll, den Bürgermeister zu einer Diskussionsrunde im Rahmen des Unterrichts einzuladen. So können die Schüler/innen über die „Stadtratssitzung“ hinaus erfahren, dass ihre Kritik und auch ihr Anliegen von Seiten der Politiker/innen ernst genommen wird. Des Weiteren haben die Schüler/innen so die Möglichkeit, dem Bürgermeister die Dringlichkeit ihrer Anliegen zu erläutern, damit dieser sie mit in den Stadtrat nehmen und dort zur Diskussion stellen kann.



e) Checkliste der Organisation

Inhalt	Zeitpunkt
1. Einholung des Einverständnis' und Information der Schulleitung über das Vorhaben mit alternativen Terminvorschlägen und Einladung zur „Stadtratssitzung“	ca. zehn Wochen vor dem ersten Terminvorschlag
2. Information des Bürgermeisters über das Vorhaben mit alternativen Terminvorschlägen, Erkundung der Sitzordnung bei der Stadtratssitzung und Einladung zur „Stadtratssitzung“	ca. zehn Wochen vor erstem Terminvorschlag
3. Festlegung und Miete der Räumlichkeit	ca. neun Wochen vor „Stadtratssitzung“
4. Festlegung des Forschungsrahmens (MindMap)	ca. eine Woche vor Beginn der ersten Vorbereitungsphase
5. Informieren der Verwaltung über das Vorhaben, damit diese auf Schülernachfragen vorbereitet ist	ca. 1 Woche vor Beginn der ersten Vorbereitungsphase
6. Erste Vorbereitungsphase	ca. sechs Wochen vor der „Stadtratssitzung“
7. Information der Parteivorsitzenden über Planspiel mit der Bitte um Unterstützung	ca. fünf Wochen vor der „Stadtratssitzung“
8. Besuch einer realen Stadtratssitzung	zwischen der ersten Vorbereitungsphase und der zweiten Phase der Vorbereitung
9. Zweite Phase der Vorbereitung - Vorbereitungstreffen/ Projekttag	ca. drei Wochen vor der „Stadtratssitzung“
10. Information der Politiker (inklusive Stadtdirektor), die für die Thematik zuständig sind, und Einladung zur „Stadtratssitzung“ - telefonisch bzw. persönlich	ca. drei Wochen vor der „Stadtratssitzung“
11. Information der lokalen Presse und Einladung zur „Stadtratssitzung“ - telefonisch bzw. persönlich	ca. zwei Wochen vor der „Stadtratssitzung“
12. Die Fraktionen unter sich	bis ca. eine Woche vor der „Stadtratssitzung“
13. Erstellen der Tagesordnung und Verteilung an die Geladenen	ca. eine Woche vor der „Stadtratssitzung“
14. Information der Eltern über die „Stadtratssitzung“ zwecks Organisation von Fahrgemeinschaften	ca. eine Woche vor der „Stadtratssitzung“
15. Spielleitung als „Stadtratsbüro“	bis zwei Tage vor der „Stadtratssitzung“
16. Erstellen von Parteikarten für „Stadtratssitzung“	einen Tag vor der „Stadtratssitzung“
17. Einkauf von Getränken und Gebäck für „Stadtratssitzung“	spätestens am Tag der „Stadtratssitzung“
18. Erstellen der Sitzordnung gemäß realer Sitzung	spätestens am Tag der „Stadtratssitzung“
19. Beginn der „Stadtratssitzung“	
20. Evaluation	frühestens eine Woche, spätestens einen Monat nach der „Stadtratssitzung“



4 UNTERRICHTSMATERIALIEN

4.1 ÜBERSICHT DER MATERIALIEN IN DEN PLANSPIELPHASEN

Die erste Phase – Die Vorbereitungsphase

Kurzübersicht der ersten Phase:

- Einführung in die Methode des Planspiels
- Darstellung des zeitlichen Ablaufs (siehe Kapitel 3.5 c und d)
- Vorstellung der einzelnen Forschungsbereiche und Klärung der auftretenden Fragen (Material 1, MindMap der Forschungsthemen)
- Einteilung der Lerngruppe in Arbeitsgruppen nach Interesse und Bestimmung eines Ansprechpartners von Seiten der Gruppe
- Absprache des Termins des nächsten Treffens

Die zweite Phase – Das Vorbereitungstreffen

Kurzübersicht der zweiten Phase:

- Vorstellung der Ergebnisse der Nachforschungen mit kurzer Diskussion (Material 2, Rechercheprotokoll der 10. Gruppe)
- Einteilung der „Fraktionen“ nach Interesse und nach realer Sitzverteilung im Rat
- Darstellung der weiteren Vorgehensweise anhand der tabellarischen Auflistung
- Terminabsprachen

Die dritte Phase – Die „Fraktionen“ unter sich

Kurzübersicht der dritten Phase:

- Diskussion innerhalb der „Fraktionen“ über einen möglichen Schwerpunkt
- Rückfragen an die Kommunalpolitiker zu ihrer Position zu diesem Schwerpunkt (Material 3, Kontaktbrief an die Politiker)
- Formulierung eines Antrages (Material 4, Informationsblatt „Was ist ein Antrag - Was ist eine Anfrage?“, Material 5, Antrag der Fraktion der CDU)

Die vierte Phase – Die Spielleitung als „Stadtratsbüro“

Kurzübersicht der vierten Phase:

- Austeilung der Anträge an alle „Fraktionen“
- eventuelle Kontaktaufnahme mit realen Politikern
- Aufstellung und Verteilung der Tagesordnung der „Stadtratssitzung“ (Material 6, Einladung zur Stadtratssitzung)

Die fünfte Phase – Die „Stadtratssitzung“

Kurzübersicht der fünften Phase:

- Festlegung zweier Protokollanten für die „Stadtratssitzung“ (Material 7, Protokoll der Stadtratssitzung)
- Finden und -gewöhnen in die für die Schüler/innen ungewöhnliche Raumstruktur
- „Stadtratssitzung“ gemäß Tagesordnung



Die sechste Phase – Evaluation

Kurzübersicht der sechsten Phase:

- Erstellen eines Fragebogens für die Schüler/innen (Material 8, Fragebogen zum Planspiel Kommunalpolitik)
- Evaluation der Unterrichtsreihe anhand eines Leserbriefes (Material 9, Leserbrief)
- Diskussionsrunde der Lerngruppe mit dem Bürgermeister



MATERIAL 1: MINDMAP DER FORSCHUNGSTHEMEN





MATERIAL 2: RECHERCHEPROTOKOLL DER 10. GRUPPE: ZUSAMMENSETZUNG DES PARLAMENTS

Von: Jennifer Battram, Stephanie Köpken, Deike Ockenga, Maike Rahenbrock, Amelie Schmidt, Kristina Schneider

4.3.1 Zusammensetzung des Westersteder Stadtrates

Wahlergebnis der Gemeindewahl vom 9.09.2001

SPD:	32,90 %
CDU:	31,46 %
UWG:	11,02 %
Grüne:	05,86 %
FDP:	18,47 %
Familienpartei:	00,26 %

Daraus ergibt sich folgende Sitzverteilung im Stadtrat: (insg. 35 Sitze)

SPD:	12
CDU:	11
FDP:	6
UWG:	4
Grüne:	1
parteilos*:	1

*nach einem Streit trennten sich die Grünen von Jürgen Drieling, der jedoch sein Mandat behielt, d. h. die Grünen haben einen Sitz im Stadtrat weniger und Jürgen Drieling ist ein parteiloses Mitglied des Rates.

Durch die Koalition von CDU, FDP und dem parteilosen Jürgen Drieling konnte Klaus Groß (FDP) zum Bürgermeister gewählt werden. 1. stellvertretender Bürgermeister ist Günter Beeken (CDU), 2. stv. Bürgermeister ist Jochen Niemann (CDU).

Ratsmitglieder der Stadt Westerstede:

SPD: Adolf Bauer (Fraktionsvorsitzender), Harald Baumann, Klaus Beckmann, Otto Döpke, Swantje Fisser-Beilfuß, Enno Folkers, Uwe Hamjediers, Heino Hinrichs, Waltraud Holtz, Sabine Juraschek (stv. Fraktionsvorsitzende), Uwe Kroon, Frank Oeltjen.

CDU: Hans Acquistapace, Inge Becker, Günter Beeken (Fraktionsvorsitzender), Manfred Bohlken, Hermann Borgmann, Heino Heitmann, Günter Hobbiejanßen, Heino Hots, Jochen Niemann (stv. Fraktionsvorsitzender), Lars Schmidt-Berg, Markus Schneider.

FDP: Georg Bohlken, Peter Drossen (Fraktionsvorsitzender), Klaus Groß, Tanja Harms (stv. Fraktionsvorsitzende), Detlef Heims, Uwe Marken.



UWG: Friedrich Ahrenholtz, Hermann Nee (Fraktionsvorsitzender), Hermann Rust (stv. Fraktionsvorsitzender), Gerd Warstat.

Grüne: Ludger Schlüter.

parteilos: Jürgen Drieling

4.3.2 Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze? - Positionen der Parteien (Interviews)

Vorgehensweise

In der Vorbereitungsphase arbeitete die Gruppe gemeinsam einen Fragebogen aus, der von den Parteien beantwortet werden sollte. Jede von uns suchte sich eine Partei aus, die sie interviewen wollte. Danach wurden selbständig die Interviews geführt und die Protokolle der Interviews geschrieben. Zuletzt wurde dann die Gesamtauswertung aller Interviews ausgearbeitet.

a) SPD

von Jennifer Battram und Meike Rahenbrock

Am 5.12.01 trafen wir Adolf Bauer, den Fraktionsvorsitzenden der SPD in Westerstede, um ihm ein paar Fragen zum Thema „Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze“ zu stellen.

1. Welchen Stellenwert hat der Umweltschutz in ihrer Partei?

In der SPD spielt der Umweltschutz eine sehr große Rolle und ist ständiges Diskussionsthema, um nicht in Vergessenheit geraten zu können. Unser Ziel ist beispielsweise die Erhaltung einer landschaftspflegenden bäuerlichen Landwirtschaft.

2. Was haben Sie bzw. Ihre Partei im Umweltschutz schon erreicht und was wollen Sie noch erreichen?

Alle Projekte, die wir bisher erfolgreich umsetzen konnten, gehören nun auch automatisch wieder zu unseren Zukunftsplänen. Ein wichtiger Punkt ist der sparsame Umgang mit Baugebiet und noch ungenutzten Gewerbeflächen, um Grünflächen zu schonen. Diese Grünflächen werden dann für Renaturisierungsmaßnahmen genutzt, die als Ausgleich für Gewerbegebiete dienen. Zudem werden nach Möglichkeit grundlegende natürliche Elemente wie Bäume oder Hecken nicht von ihrem Standort entfernt. Regenwasser, das sich in Baugebieten sammelt, fließt nicht in Gräben zusammen, sondern hat die Möglichkeit zu versickern oder zu verdunsten, um sich dem natürlichen Kreislauf wieder anschließen zu können. Alle diese Aspekte wurden zu sogenannten ökologischen Grundsätzen zusammengefasst, die bei Bauvorhaben berücksichtigt werden müssen. Eine Änderung oder Erweiterung muss parteiübergreifend abgestimmt werden.

3. Haben Ihre Projekte schon neue Arbeitsplätze geschaffen?

Nein, neue Arbeitsplätze wurden nicht durch die oben genannten Projekte geschaffen. Entsteht jedoch eine neue Firma, so hat diese sich an die ökologischen



Grundsätze zu halten und benötigt dazu eventuell neue Mitarbeiter und schafft so neue Arbeitsplätze. Es besteht also ein indirekter Zusammenhang.

4. Inwiefern wird der Umweltschutz bei der Tourismusförderung berücksichtigt?
Der Umweltschutz ist ein wesentlicher Teil der Tourismusförderung, da der Tourismus ohne die Umwelt bzw. die Natur in unserer Region undenkbar ist. Die Stadt wirbt für sich mit der heimischen Landschaft und Natur. Sie ist sozusagen das Aushängeschild des Westersteder Fremdenverkehrs.

5. Was für Arbeitsplätze schaffen sie durch die neuen Konzepte?
Durch die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben, die gleichzeitig Ferienwohnungen vermieten, werden neue Arbeitsplätze für Hausfrauen geschaffen, die sich um die Verwaltung der Ferienwohnung kümmern. Außerdem versuchen wir in den Baumschulen unserer Region neue Plätze zu gewinnen, indem wir die „Rhodo“ veranstalten und so kostenlos für die regionalen Betriebe werben. Eine weitere Maßnahme ist sicherlich auch die Veranstaltung von Freilichtaufführungen in der Stadt.

Hieraus lässt sich schließen, dass nach Aussage der SPD keine neuen Arbeitsplätze durch den Umweltschutz geschaffen werden. Fast alle Konzepte der SPD für die Zukunft beinhalten Maßnahmen zur Förderung des Umweltschutzes, jedoch entstehen durch diese keine zusätzlichen Arbeitsplätze.

Für die Interviews von Stephanie Köpken (CDU) und Amelie Schmidt (UWG) gilt folgender Fragenkatalog:

- 1.) Welchen Stellenwert hat Umweltschutz für Ihre Partei ?
- 2.) Was haben Sie im Umweltschutz schon erreicht und was wollen Sie noch erreichen ?
- 3.) Inwiefern wird der Umweltschutz bei der Tourismusförderung berücksichtigt ?
- 4.) Wurden durch diese Maßnahmen Arbeitsplätze geschaffen ? Welche ?
- 5.) Was für Arbeitsplätze wollen Sie durch die neuen Konzepte schaffen ?

b) CDU

von Stephanie Köpken

Günther Beeken, CDU

1. Der Stellenwert des Umweltschutzes ist in den letzten 10 Jahren erheblich gestiegen, so dass er jetzt, im Gegensatz zu früher, einen sehr hohen Stellenwert hat.

2. In der Vergangenheit wurde viel für die Erhaltung und Unterschutzstellung von Grünland und Feuchtgebieten getan. Vor allem bei der Norderbäke wurden Renaturierungsmaßnahmen vorgenommen. In der Zukunft will man diese Dinge weiter unterstützen und z. B. auch ausgewiesene Naturschutzgebiete weiter pflegen und die Wallhecken pflegen und die zerstörten neu anlegen. Im Neugebiet Tannenloge in Westerstede werden außerdem ca. 30 Bauplätze für ökologisches Bauen ausgewiesen, das heißt, dort wird Energie durch naturnahe Baustoffe und passende Isolierung gespart und es soll viel Regenwasser wiederverwendet werden.



Im Karlshof bei Ocholt werden außerdem Windparks mit Windenergieanlagen gebaut.

3. Durch Ausweisung von geeigneten Fahrradwegen, die für den Tourismus interessant sind, soll den Bürgern die Natur näher gebracht werden. Finanziell sehr unterstützt wird auch das Errichten von Schutzhütten.

4./5. Arbeitsplätze werden vor allem bei der Renaturierung von Gewässern, bei der Pflege der Naturschutzgebiete und bei den Windenergieanlagen im Karlshof geschaffen. Es werden vor allem Langzeitarbeitslose eingestellt, die bei den Windenergieanlagen auch sichere Arbeitsplätze hätten.

c) UWG

von Amelie Schmidt

Gespräch vom 29.11.2001 um 16.00 Uhr mit dem Fraktionsvorsitzenden der UWG, Hermann Nee

1. Umweltschutz ist überall in der Kommunalpolitik wichtig. Umweltschutz wird überall berücksichtigt, wie z. B. bei der Sanierung des Gym. WST. Hier wurden neue Fenster eingesetzt, wobei man besonders darauf geachtet hat, dass die Fenster gut abgedichtet wurden. Dadurch verhindert man unnötigen Energieverlust. Die Menschen müssen auch selber anfangen, etwas für den Umweltschutz zu tun. Sie könnten z. B. auf Brennwertkessel umstellen und so Energie sparen. Insgesamt hat Umweltschutz einen sehr hohen Stellenwert und bezieht sich auf viele Bereiche (Ausschüsse der Fachbereiche).

2. Es wurden erhebliche Gebäudesanierungen aller Schulen in Westerstede durchgeführt. In Zukunft soll im Bauausschuss noch mehr auf Wärmeschutzmaßnahmen geachtet werden. Bei der Sanierung der Hössenanlage hat man die neue Heizungsanlage so gebaut, dass weniger Energie verbraucht wird und somit Kosten gespart werden. Die UWG will die Menschen dazu bewegen ihre Ansprüche zurückzuschrauben und vorsichtiger mit der Umwelt umzugehen.

3. Das neu ausgebaute Fahrradwegenetz bringt den Menschen die Umwelt näher. Beim Anlegen eines neuen Wanderweges wurde darauf geachtet, dass man möglichst wenig Veränderungen vorgenommen hat und bei nötigen Veränderungen Produkte aus der Natur verwendet hat.

4. Durch die Vorschrift, einen bestimmten Anteil eines Baugrundstücks zu bepflanzen, braucht man viele Baumschulen, das schafft Arbeitsplätze. Durch die Mülltrennung in Sondermüll und andere Abfälle sind zusätzliche Arbeitskräfte nötig. Auch Kompostierungsanlagen, in denen der Bioabfall verarbeitet wird, schaffen Arbeitsplätze.

5. Die neuen Windparks werden in Zukunft auch weitere Arbeitsplätze schaffen, denn sie müssen gewartet und betrieben werden. (Weitere Arbeitsplätze, die geschaffen wurden, siehe Frage 4.).



Insgesamt sieht die UWG Umweltschutz als sehr wichtig an. Er reicht von Haushalt über Schule bis in den Freizeitbereich hinein.

d) F.D.P.

von Deike Ockenga

Interview vom 3.12.2001 mit Herrn Heiko Ockenga, Orts- und Kreisverbandsvorsitzender der F.D.P.

1. Welchen Stellenwert hat der Umweltschutz für Ihre Partei ?

Die F.D.P. gibt dem Umweltschutz einen sehr hohen Stellenwert und fördert und befürwortet Umweltschutz. Auf Bundesebene setzt sich die Partei vor allem für den Klimaschutz ein und fordert z. B. das Einsetzen von alternativen Energien, die z. B. aus Wind oder Wasser gewonnen werden. Auf kommunaler Ebene gibt es auch noch konkretere Ziele, da Klimaschutz auf kommunaler Ebene nur schwer durchführbar ist. Die Partei setzt sich hier u. a. für eine sinnvolle Einteilung von Naturschutzgebieten ein, d. h. dass sie Naturschutzgebiete fördert und befürwortet, sie jedoch nur an bestimmten Stellen und großflächig angelegt sinnvoll sind. Außerdem ist die Partei für eine Flächenversiegelung mit Naturausgleich, d. h. dass bebaute (also versiegelte) Flächen durch naturbelassene Flächen ausgeglichen werden müssen, so dass nicht alles bebaut werden kann.

2. Was haben Sie in der Vergangenheit im Umweltschutz schon erreicht ?

Die Programme konnten nicht ohne weiteres durchgesetzt werden, da die Partei zur Opposition gehörte. Trotzdem wurden einige Projekte unterstützt und durchgesetzt:

- *An den Schulen wurden Maßnahmen zur Energieeinsparung ein- bzw. durchgeführt*
- *Verbesserung des Nahverkehrsnetzes*
- *Der Import von Gülle wurde verhindert*
- *Da die Baumschulisten und Landwirte als "die Landschaftspfleger schlechthin" angesehen werden, wurde die Baumschulwirtschaft und Landwirtschaft unterstützt*
- *Die Einführung des KAT und die dafür notwendige Bezuschussung wurden unterstützt*
- *Die Einschränkung des FCKW wurde unterstützt*
- *Ökologisches Bauen in sinnvollem Maße wurde gefordert und unterstützt*

3. Hat dieses Konzept Arbeitsplätze geschaffen ? Welche ?

Für die F.D.P. liegt die Arbeitsplatzbeschaffung vorrangig in der Wirtschaft, jedoch werden Arbeitsplätze durch den Umweltschutz gesichert und gefördert. Durch deren Unterstützung werden vor allem Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und Baumschulwirtschaft gesichert.

Allerdings werden zur Ausführung der Verbesserung des Nahverkehrs Arbeitskräfte gebraucht, wie z. B. zum Autobahnausbau oder als Busfahrer und Schaffner. Auch für das Konzept des ökologischen Bauens sind in der Forschung, Entwicklung und Ausführung Arbeitskräfte notwendig, so dass auf diesem Gebiet Arbeitsplätze geschaffen werden.



4. Was haben Sie sich im Bereich des Umweltschutzes für die Zukunft vorgenommen ?

- *Folgendes will die F.D.P. erreichen:*
- *Ausbau des Nahverkehrsnetzes (Bus und Bahn) und der Autobahn, damit der Verkehr "von der Straße auf die Schienen" geholt wird und der Verkehr auf den Autobahnen nicht durch Staus behindert wird (weniger Abgase sind besser für die Umwelt)*
- *Förderung des ökologischen Bauens*
- *Förderung und Unterstützung der Baumschulwirtschaft und Landwirtschaft*
- *Förderung der regionalen Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnisse.*
- *Tourismusförderung im Einklang mit der Natur, "Sanfter Tourismus"*

5. Schaffen Sie dadurch Arbeitsplätze? Welche?

[ähnliche Antwort wie zu 3.)] Arbeitsplätze in der Landwirtschaft werden gesichert und gefördert. Werden landwirtschaftliche Betriebe ausgebaut, können auch so neue Arbeitsplätze entstehen. Ökologisches Bauen schafft in der Forschung, Entwicklung und Ausführung Arbeitsplätze. Ebenso werden durch den Ausbau des Nahverkehrsnetzes und den Autobahnausbau Arbeitsplätze geschaffen, da für dieses Ziel Busfahrer, Schaffner und Arbeitskräfte zum Straßenbau benötigt werden.

6. In Westerstede und im Ammerland soll der Tourismus mehr gefördert und ausgebaut werden. Inwiefern wird der Umweltschutz bei der Tourismusförderung berücksichtigt?

Bei der Tourismusförderung wird vor allem auf die Umwelterhaltung geachtet, da das Ammerland als Parklandschaft bekannt ist und dies erhalten werden soll. Es muss also ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Umwelt und Wirtschaft bestehen, d. h. dass hier keine Großbetriebe und Industriegebiete angesiedelt werden. Tourismus im Ammerland gibt es nur, wenn die Umwelt intakt ist. Deswegen werden Parks eingerichtet, Rhododendren werden angebaut, Rhododendronparks werden angelegt und die Landwirtschaft sowie die Baumschulwirtschaft werden erhalten, da dies für diese Landschaft und Region kennzeichnend ist.

Im Ammerland gibt es vorrangig Radtourismus. Dafür werden Radwege ausgebaut und instand gehalten. Touristen können mit der Bahn anreisen und sich hier ausschließlich mit dem Fahrrad fortbewegen. So wird die Umwelt nicht durch Autoabgase verschmutzt und die Umwelt geschont. Dies zeichnet den "sanften Tourismus" aus, der im Ammerland gefördert und ausgeführt wird.

Durch den Tourismus werden auch Arbeitsplätze in der Gastronomie geschaffen und erhalten.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass Umweltschutz Arbeitsplätze in erster Linie fördert und sichert, jedoch auch einige neue Arbeitsplätze schafft.

e) Bündnis'90/ Die Grünen

von Kristina Schneider

Meine Aufgabe war es, die Partei " Bündnis 90 die Grünen" zu dieser Frage zu interviewen. Interviewpartner war Herr Schlüter, der Vorsitzende dieser Partei.



Folgende Fragen sollten nähere Informationen beschaffen:

1. Welchen Stellenwert hat Umweltschutz in ihrer Partei?
2. Was haben sie bezüglich des Umweltschutzes schon erreicht und was wollen sie in Zukunft erreichen?
3. Inwiefern wird der Umweltschutz bei der Tourismusförderung berücksichtigt?
4. Hat das Arbeitsplätze geschaffen?
5. Wenn ja, was für Arbeitsplätze können dadurch geschaffen werden?

Folgende Antworten gab Herr Schlüter:

1. Umweltschutz habe in ihrer Partei einen sehr großen Stellenwert. Sie setzten sich in allen Ausschüssen für eine ökologisch orientierte Politik ein. Dazu gab er einige, nicht abschließende Beispiele:

*im Schulausschuss der Stadt für eine wohnortnahe Beschulung, damit zu viele Bustransporte vermieden werden,
im Sozialausschuss für die Sicherung des vorhandenen Gebäudebestandes und für eine ökologisch orientierte Anlegung von Spielplätzen,
im Haushaltsausschuss für eine Reduzierung der Verschuldung, damit nachkommende Generationen nicht unsere Schulden bezahlen müssen. (Ökologie im Sinne der Agenda 21-Stichwort: Nachhaltigkeit),
im Wirtschaftsausschuss für eine stärkere Verbindung zwischen Ökonomie und Ökologie,
im Straßen- und Wegeausschuss für eine Bepflanzung der öffentlichen Straßen mit Bäumen und Sträuchern und für eine Förderung des Radverkehrs durch Anlegung von weiteren Radwegen,
im Bauausschuss für ökologische Projekte in Neubaugebieten wie z. B. im Baugebiet Tannenloge sowie um die Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen.*

Es gebe in allen Bereichen der politischen Arbeit eine Vielzahl von ökologischen Gesichtspunkten, die sie umzusetzen versuchten.

2. Ein globales Problem des Umweltschutzes sei der Klimaschutz für den sich die Grünen vehement einsetzen. Als Schlagworte seien hier genannt: CO₂ Minderung und Agenda 21. Vor Ort haben sich die Grünen für ein „Kommunales Energieberatungs- und Förderprogramm der Stadt Westerstede“ eingesetzt (siehe Anlage). In Zukunft wollten sie dieses Förderprogramm weiter ausbauen und insbesondere dafür sorgen, dass auch kommunale Gebäude wie z. B. das Schwimmbad mit einer thermischen Solaranlage ausgerüstet würden, um auch hier zur CO₂-Minderung beizutragen.

Weiterhin haben sie sich für die Erhaltung und Verbesserung der kommunalen Gebäude wie z. B. der Schulen und Kindergärten stark gemacht. Dabei hätten sie auch erreicht, dass an vielen dieser Gebäude wie z. B. des Gymnasiums eine Wärmedämmung eingebaut (Nordbau), die Heizungsanlage modernisiert und die Fenster erneuert wurden. Durch diese Maßnahmen würden viele Arbeitsplätze gesichert. Im Neubaugebiet Tannenloge erhielten Unternehmer die Möglichkeit, neue ökologische Projekte zu realisieren. Der Agenda 21-Arbeitskreis "Stadtentwicklung und Bauen" habe dazu einen Kriterienkatalog erstellt, an dessen Erstellung Mitarbeiter der Partei intensiv mitgearbeitet hätten. Regionale Probleme in



Sachen Umweltschutz seien die Schaffung und Betreuung von Ausgleichsflächen wie z. B. die Ausgleichsfläche neben dem "Möhlenbült", die Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete und die stärkere Berücksichtigung des Tierschutzes in der Landwirtschaft. Gerade zum letzten Thema hätten sie sich am Ende der letzten Wahlperiode stark eingebracht, seien jedoch leider mit einer Resolution gegen Massentierhaltungsanlagen in Westerstede im Rat mit 2 gegen 33 Stimmen gescheitert. In der jetzigen Wahlperiode werde ein Arbeitskreis "Landwirtschaft und Umwelt" eingerichtet, in dem die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, die Ansiedlung von Massentierhaltungsanlagen zu steuern - zu verhindern seien sie leider derzeit rechtlich nicht. Die Verhinderung von Massentierhaltungsanlagen schaffe sicherlich keine Plätze in der Landwirtschaft, schaffe jedoch die Voraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze im Bereich Tourismus (Gegenbeispiel: Süddoldenburg).

3. Es sei ihr erklärtes Ziel, den Tourismus zu fördern mit entsprechenden Wegen und Unterstellmöglichkeiten für Wanderer. Die Anlegung und der Ausbau von Radwanderwegen und neuerdings Inlineskater-Wegen ist sicherlich ein Bereich, der unsere Landschaft attraktiv mache und deshalb Arbeitsplätze schaffe. Sie seien als Partei nicht direkt an der Tourismusförderung zuständig, sondern überließen diesen Teil gerne der "Tourismus Westerstede", die natürlich von der Stadt unterstützt werde.

4. Durch die Anlegung von Wanderwegen seien die Übernachtungszahlen in den Hotels und Pensionen im Bereich Westerstede gestiegen. Die Verbesserung und der Ausbau des Campingplatzes habe weitere Gäste nach Westerstede gelockt. Gerade der zentrale Platz sei für viele Wohnmobilisten eine attraktive Anlaufstelle. Durch mehr Campingfreude kämen mehr Gäste in die Stadt, die durch ihr Kaufverhalten und den Besuch der Gastronomie sicherlich auch zur Arbeitsplatzsicherung beitragen.

5. Durch Umweltschutzmaßnahmen würden Arbeitsplätze im Bereich der Installation von modernen Heizungsanlagen mit Brennwerttechnik, thermischen Solaranlagen und Fotovoltaikanlagen geschaffen bzw. gesichert. Die dezentrale Versorgung mit Energie sei sicherlich arbeitsplatzfördernd. Auch die Nutzung der Windenergie habe z. B. bei der Firma Enercon in Aurich viele Arbeitsplätze geschaffen. In Westerstede seien derzeit zwei Windparks im Bau bzw. bereits errichtet (Ocholt, Garnholt). Weiterhin seien Biogasanlagen zur energetischen Nutzung von biologischen Abfällen (z. B. Gülle) sowohl arbeitsplatzsichernd als auch CO₂ reduzierend und geruchsarm.

Auswertung:

Durch den Erhalt bzw. durch die Schaffung einer intakten Umwelt laut Herrn Schlüter, werden sicherlich immer mehr Touristen ins Ammerland gelockt werden, die die relativ saubere Luft und die schöne Landschaft (besonders für Radwanderer) zu schätzen wissen. Dies schafft und erhält Arbeitsplätze.

**f) Gesamtauswertung aller Interviews:**

Alle Parteien stimmen in der Aussage überein, dass der Umweltschutz einen sehr hohen Stellenwert in ihrer Partei habe. Insgesamt wurde von den Parteien folgendes gefordert bzw. haben sich die Parteien folgende Programme zum Ziel gesetzt:

- Flächenversiegelung mit Naturlausgleich
- Ökologisches Bauen
- Einrichtung von Naturschutzgebieten
- Bau von Windparks in Ocholt
- Maßnahmen zur Renaturierung z. B. der Norderbäke
- regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Unterstützung der Baumschulwirtschaft
- Unterstützung der Landwirtschaft

Ein Programm, das in der Vergangenheit schon durchgeführt wurde, war die Sanierung der Heizungsanlagen und Fenster an den Schulen, um Energie zu sparen.

Durch diese Programme würden Arbeitsplätze in der Baumschul- und Landwirtschaft sowie im Tourismus gesichert und geschaffen werden. Neue Arbeitsplätze würden durch die Renaturierungsmaßnahmen, das ökologische Bauen (in der Forschung, Entwicklung und Ausführung), das Bauen von Windenergieanlagen, Kompostierungsanlagen und die Pflege von Naturschutzgebieten geschaffen. Auch in der Tourismusbranche und in der Gastronomie gebe es neue Arbeitsplätze.

Auf die Frage, inwiefern der Umweltschutz bei der Tourismusförderung berücksichtigt werde, antworteten alle Parteien, dass es ohne eine intakte Umwelt und ohne den Schutz der Umwelt und Natur gar keinen Tourismus im Ammerland gäbe und so der Umweltschutz auch eine große Rolle in der Tourismusbranche spielt. Das Ammerland ist als Parklandschaft bekannt und ist durch die Natur gekennzeichnet. Ist die Umwelt also zerstört oder nicht mehr intakt, gäbe es keine Touristen. Deswegen wird auch in diesem Bereich sehr viel Wert auf Umweltschutz gelegt.



MATERIAL 3: KONTAKTBRIEF AN DIE POLITIKER

Sehr geehrter Herr

"Ohne Jugend ist kein Staat zu machen." Alle wissen es, doch jeder geht anders damit um. Wie die letzte Beteiligung an der Kommunalwahl am 09.09.2001 gezeigt hat, sind nicht nur Jugendliche, sondern alle Altersgruppen an der Kommunalpolitik relativ desinteressiert. Daher ist es von großer Bedeutung, bereits den Jugendlichen die Erkenntnis, was eigentlich Kommunalpolitik bedeutet, zu vermitteln. Wie entscheidend die Kommunalpolitik das Alltagsleben zu beeinflussen vermag, lässt sich am besten an einer konkreten kommunalen Problematik durch ein Fallbeispiel verdeutlichen. Die Schüler/innen erleben die Politik hautnah und können dadurch die Entscheidungsprozesse unmittelbar miterleben.

In der Methodik erlaubt das Planspiel eben diese Beteiligung junger Leute an Entscheidungsprozessen, durch welche sie die Kommunalpolitik verstehen lernen. Die geringe Erfahrung Jugendlicher in der Kommunalpolitik erfordert eine breite Unterstützung der realen Politiker und damit auch die Ihrige, damit sie ihr Wissen deutlich durch Ihre Hilfe vermehren können.

Im Konkreten stellt sich folgende Situation dar: Die Schüler/innen befinden sich in einer ersten Vorbereitungsphase, in der sie in Gruppen von maximal sieben Personen sich über verschiedene Aspekte der Kommunalpolitik zu der Fragestellung "Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze?" informieren (siehe Anhang Mind-Map). Diese Phase wird am 07.12.2001 mit dem Vortragen der Gruppenergebnisse abgeschlossen sein. Zu diesem Termin werden sich die Schüler/innen Fraktionen zuordnen, die ihre Interessen am ehesten vertreten und sich in diesen Fraktionen sowohl Anfragen als auch Anträge zur "Stadtratssitzung" am 17.12.2001 überlegen. Diese Anfragen und Anträge werden sie mir am 14.12.2001 zukommen lassen, so dass ich jeweils den anderen "Fraktionen" die Anfragen und Anträge vermitteln kann. Über das Wochenende werden sich dann die „Fraktionen“ ihre Stellungnahme zu den Anfragen und Anträgen überlegen und dabei eventuell Ihre Hilfe benötigen, um ein reales Statement der CDU-Fraktion vorliegen zu haben.

Wie Sie erahnen können, werden sich die Schüler/innen auch schon im Vorfeld bei Ihnen zur jeweiligen Problematik erkundigen, so dass ich auf Ihre Unterstützung angewiesen bin, damit das Planspiel Kommunalpolitik ein voller Erfolg wird und so die Jugendlichen erkennen, warum ohne sie kein Staat zu machen ist.

Für Ihre Mühe danke ich Ihnen im Voraus und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

A. Aubreville



MATERIAL 4: INFORMATIONSBLATT „WAS IST EIN ANTRAG? WAS IST EINE ANFRAGE?“

Antrag der Fraktion ...

Betreff: Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze?- ...

Was ist ein Antrag?

Es ist ein Diskussionspapier, das eine Fraktion zum festgelegten Thema in die Debatte einbringt, auf dem sie ihre Meinung kund tut und ihren Vorschlag zur Abstimmung formuliert.

Neben dem Betreff, in dem das Thema formuliert wird, muss ein Beschlussvorschlag der Fraktion und eine kurze Begründung vorhanden sein. Ferner sollten die anfallenden Kosten in etwa vorgestellt werden.

Um diese Anträge formulieren zu können, nehmen die Spiel-Stadträte in ihren Fraktionen Kontakt zu den echten Fraktionen auf und erkunden deren politischen Standpunkt im Allgemeinen und zum Thema des Spiels.

Die Anträge bilden die Grundlage der Diskussion der Fraktionen in der Stadtrats-sitzung. Entsprechend der Fraktionsstärke und damit der Tagesordnung werden die einzelnen Tagesordnungspunkte verlesen. Ein Fraktionsmitglied verliest als Antragsteller den Antrag seiner Fraktion. Folien oder andere Medien dürfen zur Veranschaulichung hinzugezogen werden.

Das Plenum ist nun offen, die anderen Fraktionen dürfen auf den Antrag zunächst mit Rückfragen reagieren und dann ihre Argumente äußern. Dies läuft so lange, bis alle Fraktionen ihre Anträge zur Diskussion gestellt haben. Anschließend findet eine Abstimmung der (eventuell geänderten) Anträge statt. Dies wird durch Zeichen bekanntgegeben.

Anfrage der Fraktion

Was ist eine Anfrage?

Eine Anfrage spricht ein konkretes Problem in der Stadt an, das nicht im Entscheidungsbereich der Stadträte liegt. Je nach Inhalt richtet sich die Anfrage an den Bürgermeister oder an den zuständigen Beigeordneten.

Die Fragestunde kommt einem Dialog zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung gleich. Die Bürger sind durch die Stadtratsfraktionen, die Verwaltung durch Bürgermeister und Beigeordnete, vertreten. Sie treten in ein Frage-Antwort-Spiel. Nach Reihenfolge der Fraktionsstärken wird die Anfrage von einem jeweiligen Fraktionsmitglied einzeln verlesen. Die Antwort wird entweder vom Bürgermeister oder einem zuständigen Beigeordneten gegeben. Dem Fragesteller sind zwei klärende Rückfragen erlaubt, jeder anderen Fraktion eine. Eine Aussprache zwischen den Fraktionen findet nicht statt!

Die Fragestunde sollte insgesamt nicht länger als 30 Minuten dauern!



MATERIAL 5: ANTRAG DER FRAKTION DER CDU

Betreff. Schafft Umweltschutz Arbeitsplätze?

Mitglieder der Fraktion (CDU):

Stephanie Focken, Linh Hoang, Sarah Jentsch,
Ulrike Keiser, Dennis Kemper, Erik Lüken,
Richard Rosendahl, Onno Siefkes, Katrin Tillmans
Imke Wefer, Franziska Weithäuser

Unserer Meinung nach sind die Verbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel vollkommen unzureichend. Viele Orte sind noch nicht einmal durch Bus oder Bahn erreichbar oder nur mit viel Zeit und großen Umwegen. Meistens sind die Fahrpreise überteuert und veranlassen zur Nutzung eigener Verkehrsmittel (Auto, ...), wodurch die Umwelt weiterer Belastung ausgesetzt wird. Bei einem besseren, ausgebauteren Verbindungsnetz würden viele Leute eher die Möglichkeit der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ergreifen. Eine Folge wäre die mögliche Senkung der Fahrpreise, eine Entlastung der Umwelt und auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze (erforderliche Anlegung neuer Fahrstrecken und Haltestellen, Einstellung von Busfahrern und Zugführern, Instandsetzung und Instandhaltung der Verkehrsanlagen und Verkehrsmittel,...). Außerdem könnte der Geschäftsumsatz in den Städten auf diese Weise erhöht werden, da so allen Leuten die Möglichkeit geboten werden würde, diese zu erreichen.

Geschätzte Kosten: Die geschätzten Kosten entstehen in Abhängigkeit der Ausweitung des Projekts. Bei günstiger Einsetzung würden sich die Kosten auf die Anschaffung mehrerer Busse und Haltestellen begrenzen. Durch die Fahrpreise könnten Kosten gedeckt und die Gehälter z. B. der Busfahrer finanziert werden. Bei der Umsetzung dieses Projekts könnte vermutlich auch mit staatlicher Unterstützung gerechnet werden.

Unsere Forderung lautet deshalb: Die öffentlichen Verkehrsmittel sollen verbessert und ausgeweitet werden.



MATERIAL 6: EINLADUNG ZUR STADTRATSITZUNG

Stadt Westerstede
Der Bürgermeister
Stadt Westerstede - 26653 Westerstede

MUSTER

An

die Mitglieder des
Rates
als Einladung

Ihr Schreiben Unser Zeichen Datum

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich Sie freundlichst ein.

Öffentliche Sitzung

Gremium

Rat

Termin 17.12.2001 Uhrzeit 16.30 Uhr

Sitzungsort: Gymnasium Westerstede, Raum Z 2/1

Tagesordnung

ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit der Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Anfragen und Hinweise der Bürgerinnen und Bürger
- 3 Verbesserung und Ausweitung des ÖPNV
 - 3.1 Antrag CDU
 - 3.2 Verbesserung des ÖPNV - stündliche Fahrten der Nachteule über Apen/Augustfehn nach Tange - Antrag SPD
 - 3.3 Stadtsanierung Westerstede - Stillegung des Verkehrs in der gesamten Innenstadt - Antrag UWG
- 4 Solarenergieanlageninstallation an öffentlichen Gebäuden
 - 4.1 Installation auf der Hössenhalle - Antrag FDP
 - 4.2 Antrag Jürgen Drieling
 - 4.3 Renovierung des Rathauses - Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Rathausdach - Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Mit freundlichen Grüßen

Der Bürgermeister



MATERIAL 7: PROTOKOLL DER STADTRATSITZUNG

Protokoll

Von Viktoria Heckendorf und Gerlies Schulz

Stadtratssitzung Westerstede 17.12.2001

Sitzungsort: Gymnasium WST

Uhrzeit: 16.30 Uhr

Teilnehmer : Bürgermeister Klaus Groß

Nordwestzeitung

Schüler/innen des Gymnasiums WST der Klassen 11 c und 11 b,
die „CDU“ , die „FDP“, die „SPD“, J. Drieling, die UWG und
„Bündnis 90/ die Grünen“ sowie die Bürger/innen, Protokollanten
und die Presse darstellen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit der Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Anfragen und Hinweise der Bürgerinnen und Bürger
- 3 Verbesserung und Ausweitung des ÖPNV
 - 3.1. Antrag CDU
 - 3.2 Verbesserung des ÖPNV - stündliche Fahrten der Nachteule über Apen / Augustfehn nach Tange -Antrag SPD
 - 3.3 Stadtsanierung WST - Stilllegung des Verkehrs in der gesamten Innenstadt - Antrag UWG
- 4 Solarenergieanlageninstallationen an öffentlichen Gebäuden
 - 4.1 Installation auf der Hössenhalle - Antrag FDP
 - 4.2 Antrag Jürgen Drieling
 - 4.3 Renovierung des Rathauses - Installationen von Photovoltaikanlagen auf dem Rathausdach - Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Zu 2

Es gab keine Fragen und Bemerkungen von den Bürgern und Bürgerinnen.

Zu 3.1

Antrag der CDU: Sie fordern, dass die öffentlichen Verkehrsmittel verbessert und ausgeweitet werden.

UWG fragte, wie die CDU sich das vorstellt. Darauf meinte die CDU, dass die Busse mehrere Strecken und kleinere Orte anfahren müssten. Die UWG ist aber der Meinung, dass es sich nicht lohnt, alle kleinen Orte anzufahren, da bei einigen Haltestellen dieser Orte nur sehr wenige ein- und aussteigen würden, und J. Drieling glaubt nicht, dass es funktioniert, da alles kostenaufwendig ist, weil man da



mehr Busse beschaffen müsste, und die Benzinkosten seien auch sehr hoch. Klaus Groß fügt hinzu, dass die CDU 30 000 DM zur Verfügung hätten, um den Antrag umsetzen zu können. Nach der Anfrage von K. Groß, ob es noch Änderungsvorschläge gibt, gab es keine weiteren Anfragen und der Antrag wurde mit nur 4 Gegenstimmen angenommen. Also kriegt die CDU 30.000 DM vom Haushalt Westerstede gestellt, nachdem die Partei gefragt hat, wieviel Geld das Weser-Ems-Busunternehmen für die Umsetzung benötigt.

Zu 3.2

Antrag der SPD: Sie beantragt für das kommende Jahr bessere, d. h. stündliche Fahrten der "Nachteule" von WST über Apen/ Augustfehn nach Tange. Inbegriffen in diesen Fahrten ist jeweils ein Securitypersonal für jede "Nachteule".

J. Drieling meint, dass zu wenige Passagiere mitfahren und es sei auch schlecht für die Umwelt. Außerdem fragt er sich, was das mit Jugendkriminalität zu tun hat. Die FDP will wissen, wie hoch die Fahrkosten sein müssten, um Bus, Benzin und Fahrer bezahlen zu können. Die SPD meint, wenn der Bus stündlich fahren würde, hätten die Diskobesucher z. B. von Tange mehr Flexibilität um nach Hause fahren zu können.

Es wurde ein Fahrplan der Nachteule per Folie auf dem Lichtprojektor dargestellt. Die CDU kritisierte, dass dies ein zu hoher Kostenaufwand wäre, und dass nicht unbedingt mehr Personen mitfahren würden. Die SPD äußert sich damit, dass die meisten ein Taxi benutzen würden, um nach Hause zu fahren, und durch die stündlichen Fahrten wäre das nicht mehr notwendig, und es würde sich rentieren. Die FDP schlägt vor die Zeiten zu verlegen. Indem sie die Jugendlichen nach den passenden Zeiten befragen. Klaus Groß sagt, dass es zu teuer sei, und man müsste überlegen, ob Geld zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags mit 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Zu 3.3

Antrag der UWG: Sie beantragt die Stilllegung des Verkehrs in der Westersteder Innenstadt, den Bau von Parkplätzen um das Stadtzentrum und die Einsetzung von umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die UWG verwendet eine Folie mit einer Ortskarte von WST und schildert ihren Antrag. D. h. sie fordert z. B. Straßenbahnen die von neuen Energien ausgehen. Die SPD sagt, dass es übertrieben sei ein Straßenbahnnetz einzusetzen, da man auch für diese kurzen Strecken zu Fuß gehen könnte, und K. Groß fragt sich, wie man das alles finanzieren soll. Um diesen Antrag umsetzen zu können, benötigt die UWG 60 000 000 Euro, diese können durch Erhöhung von Steuern, Suche von Investoren und EU-Zuschüssen in 10 - 15 Jahren zurückgezahlt werden. J. Drieling findet es unvorstellbar, außerdem meint er, dass die Leute aus den Wohngebieten so etwas nicht akzeptieren würden. Die SPD fügt hinzu, dass es zu kompliziert und unnützlich sei, außerdem sind Verschuldungen nicht gut und dies würde niemand in Kauf nehmen, deswegen könnte man auf diese Weise keine Großeinkäufe tätigen, da das zu schwer sein würde. Die FDP kritisiert außerdem, dass das Änderungsgebiet zu groß sei, und dass Parkplätze ausreichend vorhanden waren. Die UWG äußert sich damit, dass alles in kleinen Schritten gemacht werden sollte, und die Stadt durch dieses Verfahren attraktiver wirken würde und umweltfreundlicher sein würde. Die CDU möchte wissen, auf welchen Flächen die Park-



plätze und Parkhäuser gebaut werden sollten. Die UWG möchte dafür Grünflächen einsetzen. Darauf fragt sich J. Drieling, wo denn da der Umweltschutz sei. Die UWG antwortet, dass dort keine Autos mehr fahren würden. Dann wäre die Innenstadt sicher, sauber und ruhig. Das Bündnis 90/ Die Grünen werfen ein, dass durch Bauarbeiten an den Parkhäusern und Parkplätzen Ruhestörungen auftreten würden. K. Groß schlägt vor, dass der Antrag von der UWG noch mal überdacht werden sollte, um ihn realistischer zu gestalten, sogar eventuell zurückziehen. Die UWG lehnt den Vorschlag ab, und die Abstimmung ergibt eine Ablehnung des Antrags mit 4 Stimmen dafür.

Zu 4.1

Antrag der FDP: Sie wollen eine Installation einer Sonnenkollektoranlage auf dem Dach der Hössensporthalle, wodurch Geld und Energie langfristig gespart wird.

Die CDU kritisiert den Antrag, indem sie meint, dass es sich nicht lohnen würde, da nicht genug Sonneneinstrahlung vorhanden wäre, und außerdem die hohen Kosten nicht gedeckt werden könnten. K. Groß sagt dass das Geld zwar vorhanden sei, aber es wäre sinnvoller, dieses Geld der SPD zur Verfügung zu stellen. Die Abstimmung ergab eine Ablehnung mit 8 Stimmen dafür und 6 Enthaltungen.

Zu 4.2

Antrag J. Drieling: Sie wollen Solarenergieanlageninstallationen an öffentlichen Gebäuden vornehmen.

Die CDU findet es zu kostenaufwendig und nach ihrer Meinung nach würden nicht genug neue langfristige Arbeitsplätze geschaffen werden. J. Drieling äußert sich, dass damit nicht alle Gebäude in WST gemeint seien und dass Arbeitsplätze in der Forschung gefordert seien. Die FDP schlägt vor nicht alles gleichzeitig zu solarisieren, sondern Schritt für Schritt vorzugehen und Bündnis 90/ Die Grünen meinen, dass dies sinnvoll sei, da die Stadt dann eine Vorbildfunktion darstellt. Der Bürgermeister schlägt einen Kompromiss vor. Der Haushalt soll stückweise eine bestimmte Summe an Zuschüssen jährlich dazugeben, aber es sei noch am Besten den Antrag umzuformulieren. J. Drieling ändert seinen Antrag, indem er erst die Kosten zunächst ermitteln will, um eine Kostengrenze zu schaffen und danach eine Entscheidung zu treffen. Die UWG denkt, dass Windenergien effektiver wären, doch J. Drieling meint, dass dazu Windparks gebaut werden müssten, für die kein Platz ist, aber nach K. Groß seien bereits Windanlagen vorhanden. J. Drieling ist der Meinung, dass sich Solarenergien weiterverbreiten sollten. Nach der Abstimmung wurde der Antrag mit 9 Enthaltungen, 12 Stimmen dafür und 14 Gegenstimmen abgelehnt.

Zu 4.3

Antrag des Bündnisses 90/ Die Grünen: Sie wollen wie die anderen auch durch Umweltschutz Arbeitsplätze schaffen und zwar in diesem Fall durch Photovoltaikanlagen auf dem Rathausdach.

Die SPD meint, dass die Installation dafür zu kostenaufwendig wäre. Dieser Antrag wurde mit 23 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.



MATERIAL 8: FRAGEBOGEN ZUM PLANSPIEL KOMMUNALPOLITIK

1. Methode

a) Waren Sie mit Projektarbeit bereits vertraut?

ja ____ nein ____

b) Welche Schwierigkeit sehen Sie bei der Projektarbeit (max. zwei Nennungen)?

- I. freie Zeiteinteilung ____
 - II. selbstständiges Arbeiten ____
 - III. Überforderung ____
 - IV. Unterforderung ____
 - V. Es bilden sich Expertenteams. ____
- _____

Haben Sie das Gefühl, durch eine Projektarbeit mehr zu lernen als im alltäglichen Unterricht?

ja ____ nein ____

d) Wie beurteilen Sie die Methode des Planspiels generell?

- I. eher positiv, da _____
- II. eher negativ, da _____

2. Das Planspiel

a) War die Vorbereitungsphase

- I. zu kurz ____
- II. zu lang ____
- III. zeitlich passend? ____

b) Ist Ihnen der Ablauf des Planspiels im Laufe der zweiten Vorbereitungsphase vom 07.12.2001 bis zum 17.12.2001 klar geworden?

ja ____ nein ____
Wenn nein, warum nicht? _____

c) Würden Sie den Besuch der Stadtratssitzung in Westerloy als hilfreich für Ihr Verständnis beurteilen?

ja ____ nein ____

d) Haben Sie das Gefühl, durch die erste Vorbereitungsphase und das Planspiel die Abläufe der Kommunalpolitik besser verstehen zu können?

ja ____ nein ____

3. Inhalt

a) Wie beurteilen Sie den Diskussionsstil der „Stadtratssitzung“ insgesamt?

- I. eher positiv, da _____
- II. eher negativ, da _____



b) War Ihnen die Diskussion zu oberflächlich oder zu kontrovers?

c) Konnten die eigenen Wünsche und Vorstellungen umgesetzt werden?

ja ____ nein ____

d) Wurden parteitypische Muster bestätigt oder nicht?

eher ja, da

eher nein, da

e) Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit den „echten“ Fraktionen (Einfachnennung)?

I. absolut positiv ____

II. hilfreich ____

III. eher positiv ____

IV. eher negativ ____

V. absolut negativ ____

VI. Es fand keine statt. ____

f) Sind Ihnen die Schwierigkeiten der Kontroverse, inwiefern Umweltschutz Arbeitsplätze schafft, verständlich geworden?

ja, da ____

nein, da ____ (kurze Begründung auf der Rückseite)



MATERIAL 9: LESERBRIEF NORDWEST-ZEITUNG

Rathausdach umweltfreundlich sanieren

Betr.: Leserbrief „Rathausdach muss saniert werden“, NWZ vom 18. 12. 2001:

Ich bin Schülerin des Gymnasiums Westerstede, 11. Klasse, und habe mich im Rahmen eines Planspiels zur Kommunalpolitik mit der umweltfreundlichen Sanierung des Rathausdaches ausführlich beschäftigt.

Es mag ja sein, dass eine provisorische Sanierung des Rathausdaches im Moment die kostengünstigere Lösung zu sein scheint, jedoch langfristig gesehen ist dies ein Trugschluss. Da dringender Handlungsbedarf für eine Komplettisanierung des Daches besteht, ist eine provisorische Lösung nur eine kurzfristige Problembewältigung. Finanzielle Mittel werden in den nächsten Jahren sicher auch nicht dafür zur Verfü-

gung stehen. Reparaturbedürftige Stellen, die jetzt nicht saniert werden sollen, werden immer größere Kosten nach sich ziehen. Ist letztendlich eine provisorische Sanierung des Rathausdaches nicht kostenaufwändiger als eine einmalige Komplettisanierung?

Außerdem könnte man eine Komplettisanierung gleichzeitig mit einer Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach verbinden. Ich bin mir im Klaren darüber, dass diese Installation mit weiteren Kosten verbunden wäre, jedoch gibt es sicherlich für solche Maßnahmen finanzielle Fördermittel, die einen Großteil der Kosten abdecken würden, und so würden keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Stadt entstehen.

Mit der Beteiligung an der Lokalen Agenda21 und durch

die Tatsache, dass die Stadt Westerstede Mitglied im Klimabündnis ist, sollte Umweltschutz im Interesse aller Beteiligten sein. Durch eine Photovoltaikanlage wird Umweltschutz dadurch geleistet, dass die erzeugte Endenergie bei einer solchen Anlage, nicht wie üblich durch Primärenergie (wie zum Beispiel Kohle) gewonnen wird, sondern durch erneuerbare Energien, in diesem Fall durch Sonnenenergie.

Ein weiterer Vorteil bei einer wie oben genannten Anlage besteht darin, dass die Primärenergievorräte der Welt damit nicht weiter ausgeschöpft werden würden und somit die Stadt Westerstede einen Schritt in die richtige zukunftsorientierte Richtung machen würde. Außerdem kann eine Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach auch als Vorbild für die Bürger der

Stadt dienen, diesem Beispiel nachzufolgen und in Folge dessen die Umwelt langfristig

Leserbriefe stellen die Meinung des Einsenders dar. Sie sollten 60 Druckzeilen à 30 Anschläge nicht überschreiten. Bei der Vielzahl von Zuschriften können nicht alle berücksichtigt werden. Außerdem behalten wir uns das Recht auf Kürzung vor. Einkürzungen werden von der Redaktion mit dem Vermerk (...) kenntlich gemacht. Briefe ohne Namen, Unterschrift und Adresse des Verfassers werden nicht abgedruckt.

zu schützen.

Anna -Lena Schilling
26670 Uplengen

NWZ, 07.01.2002

5 KOOPERATIONSPARTNER

Bei einem Planspiel Kommunalpolitik handelt es sich um ein Öffnen der Schule nach außen. Von diesem teils öffentlichen Unternehmen muss daher der Schulleiter rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Auch ist es wichtig, mit ihm den zeitlichen Rahmen abzusprechen, da er bei der „Stadtratssitzung“ als Repräsentant der Schule unbedingt dabei sein sollte und auch die Öffentlichkeit ein Interesse an der Öffnung der Schule hat und somit die lokale Presse über das Planspiel informiert werden muss.

Damit der reale Rahmen gegeben ist, sollten die lokalen Politiker, die für die Thematik zuständig sind, informiert und involviert werden. Dies gilt natürlich insbesondere für den Bürgermeister, der die „Stadtratssitzung“ leiten soll. Mit ihm muss der zeitliche Rahmen und der Zeitpunkt der „Stadtratssitzung“ genau abgesprochen werden, da er als Steuermann der Gemeinde terminlich stark eingebunden ist.

6 REFLEXION

Mit Rückblick auf die stattgefundene Unterrichtsreihe sollte man sich u. a. folgende Fragen stellen:

Wurden die Zusammenhänge der Kommunalpolitik durch die Inhalte für die Schüler/innen erkennbar?

Wurden die Schüler/innen durch die Inhalte in ihrem politischen Bewusstsein sensibilisiert?

1. Haben die Schüler/innen durch die Inhalte neue Möglichkeiten politischer Beteiligung erfahren?
2. Waren die Inhalte für Schüler/innen der 11ten Klasse angemessen?

Wurden die Zusammenhänge der Kommunalpolitik durch die Inhalte für die Schüler/innen erkennbar?

Diese erste Frage kann mit „Ja“ beantwortet werden. Folgt man der Auswertung des Fragebogens, stimmen drei Viertel der Schüler/innen diesem zu. Sie haben erfahren, welche Faktoren die Kommunalpolitik bestimmen und worauf bei einer politischen Entscheidung geachtet werden muss. Der Schwerpunkt hat hierzu insofern beigetragen, als dass die Schüler/innen anhand dieser Kontroverse erkannt haben, dass gerade im Bereich des Umweltschutzes die Bereitschaft zu investieren groß ist, aber die Haushaltsmittel dagegen zu gering für die Umsetzung sind. So äußerten die Schüler/innen beispielsweise im Fragebogen auf die letzte Frage, dass *„die Gelder sehr schlecht einzuteilen sind, um wirklich wichtige Arbeitsplätze für den Umweltschutz zu unterstützen und ja auch nicht alle Vorschläge angenommen werden können.“*¹²

Die Zusammenhänge innerhalb der Kommunalpolitik zu erfassen, stellt an sich bereits eine Herausforderung dar. Durch die gewählten Inhalte hatten die Schüler/innen die Möglichkeit, sich auf einen Schwerpunkt bei ihren Nachforschungen zu konzentrieren und waren damit angeleitet. Erst dadurch hatten die Schüler/innen die Möglichkeit, die Zusammenhänge zu erfassen und nicht inhaltslose Institutionenkunde zu betreiben. So äußerte sich ein Schüler im Fragebogen beispielsweise positiv zur achten Frage und unterstütze diese Beurteilung durch seine

¹² Die nachfolgenden Äußerungen stammen aus verschiedenen Fragebögen, die die Schüler anonym ausgefüllt haben.

Beantwortung der letzten Frage: „*Wir haben durch das genaue Recherchieren auch mit Hilfe von Politikern einen guten Einblick bekommen und kennen uns jetzt besser aus.*“

Wurden die Schüler/innen durch die Inhalte in ihrem politischen Bewusstsein sensibilisiert?

Die Schüler/innenäußerungen verdeutlichen, dass auch die zweite Frage durchaus positiv zu beantworten ist. Die Schüler/innen haben erfahren, dass die Politik nicht eindimensional angeordnet ist, sondern viele Faktoren diese beeinflussen. Vor allem sind die Schüler/innen dahingehend sensibilisiert worden, dass nicht immer sachlogische Argumente den Vorrang vor politischen Interessen haben. Auf der Suche nach Kompromissen haben die Schüler/innen erfahren, dass das persönliche Interesse hinter der Meinung der Gruppe ggf. zurück stehen muss. So gaben zwei Drittel auf die Frage, ob die eigenen Wünsche und Vorstellungen umgesetzt werden konnten, an, dass dies nicht geschehen sei. Dennoch mussten die Schüler/innen ihre politischen Interessen in dieser Unterrichtsreihe vertreten lernen und versuchen, diese im Rahmen der demokratischen Grundordnung durchzusetzen. Gerade dadurch fand für die Schüler/innen eine politische Sensibilisierung statt, da sie auch die Interessen der anderen akzeptieren lernen mussten. Die Inhalte der Unterrichtsreihe haben insofern dazu beigetragen, als dass durch die Gruppenzusammensetzung gegensätzliche Interessen vorhanden waren, die in Kompromissen zusammengefügt werden mussten. So stellte ein Schüler im Fragebogen fest, *dass eine Lösung nur in einer größeren Gruppe gefunden werden könnte, indem man die Pro- und Kontrafaktoren in einer politischen Diskussion gegeneinander abwägen würde.*

Haben die Schüler/innen durch die Inhalte neue Möglichkeiten politischer Beteiligung erfahren?

Diese Frage kann positiv beantwortet werden, da die Schüler/innen durch ihre Diskussionen erfahren haben, welche Möglichkeiten der politischen Beteiligung sie in ihrem Alter bereits haben. Die Inhalte des Diskurses haben ihr Übriges dazu beigetragen, da die Schüler/innen durch diese erkannt haben, wie relevant für sie persönlich eine Verbindung zwischen Umweltschutz und Arbeitsmarktpolitik ist. Vor allem haben die Schüler/innen neue Möglichkeiten des aktiven Umweltschutzes und der aktiven Arbeitsmarktpolitik kennen gelernt, so dass sie nun den Anspruch der lokalen Agenda 21 „Global denken - lokal handeln“ mit ihrer Lebenswelt verknüpfen können, was eine entscheidende Herausforderung für das 21. Jahrhundert darstellt.

Waren die Inhalte für Schüler/innen der 11ten Klasse angemessen?

Wie sich aus der positiven Beantwortung der drei anderen Fragen ergibt, waren die Inhalte durchaus für die Schüler/innen einer 11ten Jahrgangsstufe angemessen. Allerdings hatten die Schüler/innen doch erhebliche Anfangsschwierigkeiten, die man bei der Planung der inhaltlichen Schwerpunkte doch stärker berücksichtigen müsste. Deutlich wird dies dadurch, dass die Schüler/innen auf die Frage nach den Schwierigkeiten fast zur Hälfte antworteten, dass sie sich überfordert fühlten. So sind die Inhalte in einem 11ten Jahrgang nur dann angemessen zu vermitteln, wenn die Lehrperson die Motivation der Lerngruppe gut einschätzen kann, und die Schüler/innen wissen, dass sie jederzeit mit Fragen auf die Lehrperson zukommen können.

Wirkung der Methode Planspiel

Der Erfolg der Methode des Planspiels lässt sich u. a. vom Verlauf der fünften und sechsten Phase der Unterrichtsreihe ableiten: Die Schüler/innen haben sich in das Gefüge der „Fraktionen“ eingefunden und dieses bei ihren Anträgen und Entscheidungen berücksichtigt. Dadurch haben sie gelernt, sich auf andere Positionen einzulassen und ihren eigenen Standpunkt dabei zu berücksichtigen. Durch diese Konstellation haben die Schüler/innen erfahren, dass alle drei Dimensionen des Politischen unmittelbar zusammenhängen, da sie als „Politiker“ innerhalb der Institution „Kommune“ Entscheidungen fällen mussten, die nur durch Kompromisse ermöglicht wurden. Auch mussten sich die Schüler/innen in die Inhalte der Politik einfinden, da sie nur so die Möglichkeit hatten, realitätsnah zu handeln. Diese Realitätsnähe war auch durch die reale Sitzverteilung während der „Stadtratssitzung“ gegeben, da die Schüler/innen so erfahren konnten, welche Möglichkeiten ein einzelnes Mitglied hat, seine Interessen politisch durchzusetzen.

Zum anderen lässt sich die Eignung der Methode am Fragebogen ablesen, da die Schüler/innen zu zwei Dritteln der Meinung waren, dass diese Methode eher positiv zu beurteilen sei, da *„man selbst miterlebt, wie Politik funktioniert.“* Nur ein Drittel sah die Methode eher negativ, da *„es Probleme mit der Zeiteinteilung gab.“* Doch gerade diesem Problem sollten die Schüler/innen begegnen, damit sie lernen, ihre Zeit sinnvoll einzuteilen. Dennoch sollte man beachten, dass die Dauer zwischen den einzelnen Phasen nicht zu kurz sein darf, damit die Schüler/innen nicht überfordert werden und sich in die Thematik einfinden können. So haben lediglich 25% der Schüler/innen die Zeit der Vorbereitungsphase als passend empfunden. Aus schulorganisatorischen Gründen war eine Verlängerung gerade dieser Anfangsphase aber leider nicht möglich, doch sollte sie bei einer Wiederholung länger als drei Wochen sein.

Beurteilung von Projektarbeit im Allgemeinen

Die Zeiteinteilung war aber nicht nur ein spezielles Problem der Methode des Planspiels, sondern ist eher das der Projektarbeit generell. Dieses haben auch 23 Schüler in ihrem Fragebogen als Schwierigkeit dieser Art von Unterricht angesehen. Dass die Projektarbeit dennoch auch von den Schüler/innen positiv gesehen wird, verdeutlicht, dass zwei von ihnen die Meinung hatten, durch Projektunterricht mehr zu lernen als im klassischen Unterricht. Neben dieser Einschätzung seitens der Schüler/innen machen auch die Ergebnisse der Forschungsgruppen der ersten Phase dies deutlich. In ihren Protokollen haben die Schüler/innen gezeigt, dass sie hoch motiviert ihren Nachforschungen nachgegangen sind. Auch die Verknüpfungen, die die Schüler innerhalb der „Stadtratssitzung“ zwischen den einzelnen Bereichen erstellt haben, kann als weiteres Indiz für die Effektivität der Projektarbeit gelten.

Die hohe Motivation mag aber auch an der gewählten Sozialform liegen, da die Schüler/innen sich innerhalb der Gruppe immer wieder gegenseitig motiviert haben, wenn sie bei einigen Punkten nicht sicher über das weitere Vorgehen waren. Die Zusammensetzung der Gruppen nach Interessen ist dafür unbedingt notwendig, da die Schüler/innen sonst eher das Interesse verlieren können und an einer Vertiefung nicht weiter interessiert sind. Auch lässt sich die gesteigerte Motivation an den verfassten Leserbriefen erkennen, in denen die Schüler/innen auch noch nach drei Wochen Stellung zur „Stadtratssitzung“ nahmen. Auch die Veröffentlichung eines Leserbriefes stellt ein Zeugnis dessen dar.

Übertragbarkeit

Abschließend stellt sich die Frage nach der Übertragbarkeit auch auf andere Lerngruppen. Die gewählten Inhalte und die Methode sind natürlich auf die konkrete Lerngruppe und -situation abgestimmt. Wie bereits weiter oben erwähnt, macht gerade diese Individualität den Reiz des Planspiels aus und eine Wiederholung in einer anderen Lerngruppe würde andere spezifische Schwerpunkte mit sich bringen. Dies ist jedoch kein Hinderungsgrund für die Übertragbarkeit, sondern erst durch die situationsabhängige Gestaltung wird man den Schüler/innen als Individuen gerecht. Somit ist die zentrale Idee der Reihe nahezu problemlos auf jede andere Lerngruppe übertragbar.

Bei einer Übertragung ist zu beachten, dass sich innerhalb der Lerngruppe mindestens so viele Schüler/innen befinden, wie der Rat der Stadt Vertreter/innen hat, denn nur so kann eine realistische „Stadtratssitzung“ abgehalten werden, oder man überträgt prozentual die Anzahl der Sitze auf die Schülerzahl. Wichtig ist allerdings, egal welche Größe die Lerngruppe hat, dass immer mindestens zwei Personen das Protokoll übernehmen, und auch mindestens zwei Schüler/innen die Presse darstellen, da eine einzelne Person mit diesen Aufgaben überfordert wäre. Auch wenn sich die Gruppe der „Bürger/innen“ als einzige während der „Stadtratssitzung“ nicht zu Wort gemeldet hat, ist diese Gruppe dennoch nicht zu vernachlässigen, da sie den „Politiker/innen“ schon durch ihre Anwesenheit das Gefühl vermitteln, dass sie dem Volk verantwortlich sind und zu deren Wohl entscheiden sollen.

Somit lässt sich resümierend festhalten, dass nicht die Quantität der Lerngruppe entscheidend für die Wirksamkeit der Reihe ist, sondern die Qualität, da die Lerngruppe bestimmte methodische Fertigkeiten mitbringen sollte. Die Unterstützung des Bürgermeisters ist für die Durchführung des Projektes wichtig, damit die Schüler/innen erfahren, dass ihre Wünsche und Interessen ernst genommen werden.

Die Unterrichtsreihe hat im Rückblick ihren Reiz als Reise in den kommunalpolitischen Alltag, die viel Faszinierendes sowohl für die Schüler/innen aber auch für die Lehrperson zu bieten hat, nicht verloren, sondern bestätigt. Gerade im Zeitalter der Politikverdrossenheit ist es immer wieder spannend zu erfahren, was Politik ist und was sie ausmacht. Nur so können die Schüler/innen an sich selbst erfahren, was die Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, eigentlich ist und welche Möglichkeiten und auch Probleme sie birgt. Gerade den Jugendlichen erscheint dieser Aspekt häufig als unbequem und nicht passend in einer „Spaßgesellschaft“. Dass viele ihrer individuellen Probleme aber gar nicht so individuell sind, sondern viele betreffen, können sie erst erfahren, wenn sie die Lösungsmöglichkeiten erproben. Nur so erkennen sie, dass ihre Probleme gesellschaftlich relevant sind und sie erfahren:

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen!“

Pressespiegel

Lokalpolitik im Planspiel lernen

Gymnasiasten spielen Ratssitzung nach – Sitzverteilung wie im „echten“ Gremium



12 Ja-Stimmen gegen 14-Nein-Stimmen – Antrag abgelehnt: Im Planspiel lernen die Schüler der elften Klassen des Gymnasiums Westerstede, dass Kommunalpolitik zuweilen nicht so einfach ist. Bild: Andrea Vogt

Im Unterricht haben Westersteder Schüler über Wirtschaft und Arbeitslosigkeit gesprochen. Im Planspiel lernen sie, wieviel Einfluss Kommunalpolitik wirklich hat.

Von Andrea Vogt

Westerstede. „Alle Vorträge, die vernünftig sind, werden abgelehnt. Das gibt's doch nicht!“, ärgert sich Imke Benner. Vom Pressetisch aus beobachtet die Schülerin, wie sich ihre Klassenkameraden als „Ratsherren“ und „Ratsfrauen“ für Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden oder stündliche Fahrten der „Nachteule“ von Apen nach Tange einsetzen, nur um

schließlich doch von den Mitgliedern der anderen „Fraktionen“ überstimmt zu werden.

55 Westersteder Gymnasiasten der elften Klassen haben sich zu einer nachgestellten Ratssitzung zusammengefunden: mit Fraktionen, die die Mehrheitsverhältnisse des „richtigen“ Stadtrats spiegeln, mit Protokollführerinnen und Bürgermeister Klaus Groß als Sitzungsleiter. Vorbereitet hat dieses „Planspiel Kommunalpolitik“ die Referendarin Anke Aubreville.

„Die Jugendlichen sollen lernen, wie Entscheidungsprozesse in ihrer Stadt ablaufen“, sagt die angehende Lehrerin. Im Politikunterricht hat sie mit ihnen über Wirtschaft und Arbeitslosigkeit gesprochen und überlegt, ob Umweltschutz Stellen schaffen könnte. „In Projektgrup-

pen haben die Schüler ermittelt, welche Förderprogramme es im Rahmen der Agenda 21 oder bei der EU gibt, wie sie durch die Gemeindeverwaltung beantragt werden können und wer bestimmt, was damit passiert. Dann haben sich die Schüler zu Fraktionen zusammengesetzt und konkrete Anträge formuliert.“

Deike Ockenga hat mit fünf Mitschülerinnen zusammen die Gruppe gebildet, die die Rolle des fraktionslosen Jürgen Drieling spielen sollte. „Wir haben den echten Jürgen Drieling gefragt, mit welchem Umwelt-Projekt er Arbeitsplätze schaffen würde“, berichtet sie. „Dann haben wir bei der EWE angerufen und gefragt, wie viel das kosten würde.“

Herausgekommen ist der

Antrag, auf allen öffentlichen Gebäuden in Westerstede Solaranlagen installieren zu lassen. In der „Ratssitzung“ rechnet Deike Ockenga vor: „Für alle Schulen der Stadt würde dies etwa 650 000 Euro kosten.“ Der „CDU“ ist dies zu teuer, die „Grünen“ finden den Antrag gut, die „SPD“ schlägt vor, Fördermöglichkeiten der EU zu prüfen. Bei der Abstimmung stehen schließlich 12 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen: Antrag abgelehnt.

Trotzdem sind die Jugendlichen mit dem Ergebnis des Planspiels zufrieden: „Wir wissen jetzt, an wen wir uns mit Anliegen wenden müssen“, sagt Deike Ockenga. Und ihre Klassenkameradin Maike Rahenbrock fügt hinzu: „Da ist eine Resonanz da, das motiviert.“

NWZ, 27.12.2001



7 LITERATUR- UND MEDIENLISTE

- [Ackermann]: Paul **Ackermann**: Die Bürgerrolle in der Demokratie als Bezugsrahmen für die politische Bildung. In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 13-34
- [Aristoteles]: **Aristoteles**: Die Nikomachische Ethik. Übersetzt und mit einer Einführung und Erläuterungen versehen von Olof Gigon. 2. Auflage, München 1995
- [Berkemeier]: Karl-Heinz **Berkemeier**: Kommunalpolitisches Engagement: Zwischen Ehrenamt und Profession. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 271-280
- [Breit]: Gotthard **Breit**: Handlungsorientierung im Politikunterricht. In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 101-127
- [Bukow]: Wolf-Dietrich **Bukow**: Barrieren und Hindernisse bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in urbanen Umbruchsituationen. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2001, Bonn 2001, Seite 31-38
- [Danner]: Stefan **Danner**: Wie stimmig sind die Ziele von Beteiligungsaktionen mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune? Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2001, Bonn 2001, Seite 25-30
- [de Haan]: Gerhard **de Haan**: Die Kernthemen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Aus Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Berlin 2002
- [Detjen I]: Joachim **Detjen**: Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen. Hannover 2000
- [Detjen II]: Joachim **Detjen**: Handlungsorientierung - Praktische Anwendungen im Politikunterricht. Schule als Staat - Schüler „machen“ Politik - Aktive Rathauserkundung. In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 227-257
- [Eisenbürger]: Iris **Eisenbürger**/ Waldemar **Vogelsang**: „Ich muss mein Leben selber meistern!“ Jugend im Stadt-Land-Vergleich. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/2002, Bonn 2002, Seite 28-38
- [Frech]: Siegfried **Frech**/ Peter **Massing**: Ein Gespräch zwischen Paul Ackermann und Gerhard Himmelmann. In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 62-68
- [Gagel I]: Walter **Gagel**: Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts. Ein Studienbuch. 2. Auflage, Opladen 2000
- [Gagel II]: Walter **Gagel**: Denken und Handeln. Der Pragmatismus als Diagnosehilfe für Konzepte der Handlungsorientierung im Politikunterricht. In: Gotthard



Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 128-143

[Gaiser]: Wolfgang **Gaiser**/ Johann **de Rijke**: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2001, Bonn 2001, Seite 8-16

[GG]: **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland

[Heinelt]: Hubert **Heinelt**: Kommunale Beschäftigungspolitik. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 451-462

[Hesselberger]: Dieter **Hesselberger**: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, 11. überarbeitete Auflage, Neuwied 1999

[Himmelmann]: Gerhard **Himmelmann**: Das Bild des Bürgers in der politikwissenschaftlichen Theorie und in der politischen Praxis - Grundlage für die „Handlungsorientierung“ im politischen Unterricht? In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 35-61

[Hucke]: Jochen **Hucke**: Kommunale Umweltpolitik. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 474-489

[Hurrelmann]: Klaus **Hurrelmann**: Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2001, Bonn 2001, Seite 3-8

[Knemeyer]: Franz-Ludwig **Knemeyer**: Die Kommunalverfassungen in Deutschland. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 81-94

[Kolossa]: Bernd **Kolossa**: Methodentrainer. Arbeitsbuch für die Sekundarstufe II. Gesellschaftswissenschaften, Berlin 2000

[Kötters]: Catrin **Kötters-König**: Handlungsorientierung und Kontroversität. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/2001, Bonn 2001, Seite 6-12

[Massing]: Peter **Massing**: Lassen sich durch handlungsorientierten Politikunterricht Einsichten in das Politische gewinnen? In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 1998, Seite 144-160

[NSchG]: Helmut **Klaus**/ Rolf **Bade**: Gymnasien Rechts- und Verwaltungsvorschriften - Niedersachsen - Einordnung der 75. Ergänzungslieferung, Hannover 2000, § 2

[Umweltbildung]: **Niedersächsisches Kultusministerium**: Global denken - lokal handeln. Die Zukunft gestalten lernen. Empfehlungen zur Umweltbildung in allgemein bildenden Schulen, Hannover 2000



- [RR]: **Niedersächsisches Kultusministerium**: Rahmenrichtlinien für das Gymnasium - gymnasiale Oberstufe, die Gesamtschule - gymnasiale Oberstufe, das Fachgymnasium, das Abendgymnasium, das Kolleg. Gemeinschaftskunde. Hannover 1994
- [Ottersbach]: Markus **Ottersbach**: Kinder- und Jugendforen als Beispiel neuer Foren der politischen Öffentlichkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2001, Bonn 2001, Seite 17-23
- [Püttner]: Günter **Püttner**: Kommunale Betriebe und Mixed Economy. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 211-221
- [Reißmann]: Jens **Reißmann**/ Jürgen **Drieling**: BLK-Programm „21“. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Programmbeitrag Niedersachsen, o.O., o.J.
- [Roth]: Roland **Roth**: Lokale Demokratie „von unten“. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 228-244
- [Sachße]: Christoph **Sachße**: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2002, Bonn 2002, Seite 3-5
- [Schmidt]: Ralf **Schmidt**: Partizipation in Schule und Unterricht. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2001, Bonn 2001, Seite 24-30
- [Schmidt, G.]: Gerd **Schmidt-Eichstaedt**: Die Kommunen zwischen Autonomie und (Über-) Regelung durch Bundes- und Landesrecht sowie durch EG-Normen. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 95-108
- [Shell]: **Deutsche Shell** (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000
- [Silkenbeumer]: Rainer **Silkenbeumer**/ Asit **Datta**: Rollenspiel und Planspiel - Methoden des politischen Unterrichts - Beispiele, Erfahrungsberichte und Hinweise zu der theoretischen und praktischen Arbeit. Hannover 1975
- [Lokale Agenda]: **Stadt Westerstede**: Lokale Agenda 21 Westerstede. Informationsschrift zur Lokalen Agenda 21, Westerstede 1999
- [Thiele]: Robert **Thiele**: Niedersächsische Gemeindeordnung. Textausgabe der NGO 1996 in aktueller Fassung mit den fortgeltenden Regelungen der NGO 1982/95 und ergänzenden Rechtsvorschriften, 30. überarbeitete Auflage, Kiel 2001
- [Ungerer]: Lothar A. **Ungerer**: Planspiel. In: Wolfgang W. Mickel: Handbuch zur politischen Bildung, Bonn 1999, Seite 363-368
- [Viechtbauer]: Hans-Peter **Viechtbauer**: Computergestützter Politikunterricht - Wege zu politischen Kompetenzen. In: Wolfgang W. Mickel/ Dietrich Zitzlaff



(Hrsg.): Methodenvielfalt im politischen Unterricht, 3. Auflage, Schwalbach 1998, Seite 177-187

[von Saldern]: Adelheid **von Saldern**: Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. In: Roland Roth/ Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, Seite 2-19

[Weißeno]: Georg **Weißeno**: Welche Bedeutung haben Ziele und Inhalte im handlungsorientierten Unterricht? In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele [Hrsg.]: Handlungsorientierung im Politikunterricht. Bonn 199, Seite 214-225

Verwendete Internetadressen:
www.westerstede.de/agenda 21
www.blk21.de
www.bundestag.de/gremien

8 DIE AUTORIN

Anke Aubreville

unterrichtet die Fächer Deutsch, Politik und Wirtschaftslehre am Gymnasium Westerstede – Europaschule.

Das bundesweite BLK-Programm „21“ - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und seine Koordinierungsstelle in Berlin

Das BLK-Programm „21“ wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung und den 15 beteiligten Bundesländern initiiert. An dem auf fünf Jahre angelegten Programm beteiligen im Projektzeitraum 1999-2004 rund 220 Schulen. Durch Kooperationen und Partnerschaften sind die Schulen in regionale und länderübergreifende Netze eingebunden, deren Zusammensetzung, Struktur und Arbeitsweise innerhalb des Programms ebenfalls gefördert und entwickelt wird. Ziel ist eine Erweiterung der Schulbildung, um die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der schulischen Regelpraxis zu verankern.

Das Programm hat dabei nicht allein den Transfer von Informationen zur Aufgabe, sondern auch, ganz im Sinne von sustainability - hier übersetzt mit Zukunftsfähigkeit -, die Entwicklung von Schlüsselqualifikationen, die unter dem Begriff der „Gestaltungskompetenz“ zusammengefasst werden.

Der Erwerb von Gestaltungskompetenz für eine nachhaltige Entwicklung soll im BLK-Programm „21“ auf Basis von drei Unterrichts- und Organisationsprinzipien verwirklicht werden:

Interdisziplinäres Wissen knüpft an die Notwendigkeit „vernetzten Denkens“ an, das Schlüsselprinzip der Retinität, der Vernetzung von Natur und Kulturwelt und der Entwicklung entsprechender Problemlösungskompetenzen. Ziel ist u. a. die Etablierung solcher Inhalte und Arbeitsformen in die Curricula.

Partizipatives Lernen greift die zentrale Forderung der Agenda 21 nach Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am Prozess nachhaltiger Entwicklung auf. Dieses Prinzip verweist auf eine Förderung lerntechnischer und lernmethodischer Kompetenzen und verlangt eine Erweiterung schulischer Lernformen und -methoden.

Das Prinzip Innovative Strukturen geht davon aus, dass die Schule als Ganzheit bildungswirksam ist. Schulische Reformfelder wie Schulprogrammentwicklung, Profilbildung und 'Öffnung der Schule' werden aufgegriffen.

Besonders die strukturelle Verankerung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung kann als eine der Voraussetzungen für das strategische Ziel des Programms - *Integration in die Regelpraxis und Verstetigung* - gelten. Die Koordinierungsstelle für das gesamte Programm ist an der Freien Universität Berlin angesiedelt und übernimmt folgende Aufgaben:

Unterstützung und Beratung der Länder, Herausgabe von Materialien, Angebot übergreifender Fortbildungen, Programmevaluation und Verbreitung der Programminhalte.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

FU Berlin BLK-Programm „21“ Koordinierungsstelle
Arnimallee 9 14195 Berlin
Tel. 030 - 838 52515
Fax 030 - 838 75494
E-Mail: info@blk21.de
www.blk21.de

Gefördert durch:

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, und die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.